

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

119 (25.5.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 6.— M. einschl. 50 S. Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Abgaben 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.50 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 S.

Ausgabe: Verlagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.— M. Die Restamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Briands Verteidigungsrede in der Kammer

Oberschlesien in der Hauptsache für Polen — Briand nennt das eine „Politik der Mäßigung“ — Anerkennung der Haltung des Kabinetts Wirth — Briand betont die Einigkeit der Entente — Sozialist. Protest gegen die Gewaltpolitik

Brüssel, 24. Mai. Pariser Kammer. In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Beratung über die auswärtige Politik der Regierung fortgesetzt. Ministerpräsident Briand erklärte: Während der Beratungen über den Friedensvertrag hat eine interalliierte Kommission die Oberschlesische Frage geprüft, und diese ist einstimmig zu dem Entschluß gekommen, Oberschlesien Polen zuzuschreiben. Auf Gegenanschläge Deutschlands hin hat der Oberste Rat, den Interessen Polens entgegen, eine Volksabstimmung zugelassen, um das Recht der Polen zu rechtfertigen. Bei der Volksabstimmung aber haben 180 000 in Oberschlesien geborene Deutsche mitgestimmt. Frankreich habe niemals die Absicht gehabt, Polen Gebiete zuzuteilen, die den Deutschen zugesprochen werden müssen. Nach dieser Richtung hin sei er mit dem englischen Premierminister vollkommen einig: Oberschlesien sei niemals als ein deutsches Land angesehen worden. Wenn in den Minenbezirken die polnischen Arbeiter die Mehrheit der Stimmen hätten, dann müßten diese Stimmen beim Votum den Ausschlag geben. Nach einem Krieg, wie dem letzten, habe man einem Lande wie Polen, das Leben gegeben. So sei es nur natürlich, daß man auch danach denke, ihm seine Existenzmöglichkeit zu geben. Der Zugang zum Meer durch Preußen hindurch genüge aber nicht. In den Bergwerksbezirken Oberschlesiens habe Polen nicht nur die gesamte Mehrheit, sondern auch die Mehrheit nach Kommunen erlangt. Briand gibt zu, daß die Militärs vielleicht nicht ganz geeignet seien, um in voller Gerechtigkeit die Bestimmungen des Vertrages zu würdigen und um eine Grenzlinie zu ziehen. Briand ging alsdann auf den Ursprung der Unruhen ein und sagte, die Polen seien erregt gewesen, weil sie geglaubt hätten, sie könnten das Opfer getroffener Abkommen sein.

Frankreich habe 12 000 Mann in Oberschlesien. Diese hätten die bedrohten Deutschen beschützt. Die Ordnung sei wieder hergestellt. Alle Welt müsse davon überzeugt sein. Er habe Deutschland zu erkennen gegeben, wenn es Truppenbesätze nach Oberschlesien entsende, wozu, wie er wisse, eine gewisse Geneigtheit bestanden habe, wohl ernste Ereignisse hervorgerufen würden. Die deutsche Regierung habe beifällig. Auch der französische Vorkämpfer in Berlin habe klare Informationen erhalten. Er selbst habe gestern den deutschen Vorkämpfer gebeten, ihm einen Besuch abzustatten. Er habe ihn auf die ernste Lage hingewiesen und gesagt, wenn nicht in kurzer Frist die deutschen Departements entwaflnet würden, wenn die Urheber der Anwerbungen nicht nach den deutschen Strafgesetzen bestraft würden, wenn die deutsche Grenze nicht gesperrt werde, dann könne die Lage gefährlich werden. Heute vormittag habe die deutsche Regierung mitgeteilt, daß alle Maßnahmen angeordnet seien und der preussische Minister des Innern die Sicherheitspolizei entsandt habe, um die gegebenen Instruktionen auszuführen zu lassen.

Er danke heute aufrichtig, daß Dr. Wirth, der sich auf eine andere Mehrheit stütze, als die letzte Regierung, bis jetzt Beweise einer großen Aufrichtigkeit und einer großen Loyalität gegeben habe.

Er habe nicht nur seine Verpflichtungen übernommen, sondern auch begonnen, sie auszuführen. Vielleicht habe er die Macht, die es ihm gestatte, Vertrauen zu haben. Briand sagte alsdann, er habe seine Politik erläutert, er übernehme seine Verantwortlichkeit, die Kammer müsse die ihre übernehmen. Eine andere Politik wolle er nicht mitmachen, ohne dringende Notwendigkeit.

Briand fuhr dann fort, er sei beauftragt, den Friedensvertrag von Versailles anzuwenden. Er wundere sich, daß man ihm Schwäche im Gebrauch dieses Instruments vorwerfe. Er habe alle Verpflichtungen gegen das Parlament namentlich durch die Besetzung der Städte Düsseldorf, Aachen und Duisburg erfüllt. Er, Briand, würde stark bekräftigt werden, wenn er das Ruhrgebiet besetzt hätte. Aber diese Art der Popularität habe er niemals gesucht. (Beifall links und in der Mitte, auf der rechten Seite wird Briand lebhaft unterbrochen, was Protestrufe von links hervorruft.) Briand forderte die Kollegen auf, zwischen den beiden Arten von Politik zu wählen. (Der Abg. Reblin rief: „Die Frage steht doch höher als die ministerielle Frage.“) Ministerpräsident Briand sagte, der Abg. Reblin habe in nicht veränderten Worten es sich um Interessen Frankreichs handle, und wenn er die Kammer auf-fordere, ihre Wahl zu treffen, dann handle es sich um eine Frage des allgemeinen Interesses. Die für ein isoliertes Frankreich seien, hätten zu bedenken, daß 200 000 Mann vor dem Ruhrgebiet händel, das innerhalb von 8 Stunden besetzt werden könne. Er frage sich, was erfolgt wäre, wenn man nicht das Abkommen von London getroffen hätte, das das Interesse Frankreichs sicher stelle und wenn er zurückgekehrt wäre mit der Erklärung, Frankreich sei isoliert. Man sage, wenn man Frankreich vertrete, müsse man erklären: „Ja, wir, und wenn der andere sich nicht beuge, dann müsse man ihn brechen.“ „Prüfen Sie Ihr Gewissen!“ rief Briand unter Beifall der Linken und der Mitte und fuhr dann fort, es sei ihm bis jetzt gelungen, die Einigkeit unter den Alliierten aufrecht zu erhalten. Wenn Volk könne mehr isoliert leben. Er frage sich, daß das ganze Land ruhig bleibe. Die parlamentarischen Institutionen gestatten jedem, seine Verantwortlichkeit zu übernehmen. Man könne nicht glauben, daß die Stunde Frankreichs schon verübergegangen sei, wenn man an die auszubildenden Streitkräfte an-denken denke. Er steige von der Tribüne herab, indem er sagte:

Die Stimme Frankreichs sei gehört worden. Besonders würdige man die Festigkeit und Mäßigung Frankreichs. Deshalb werde er, solange er an der Spitze Frankreichs stände, nicht auf die Politik der Festigkeit und Mäßigung verzichten. (Beifall auf der rechten Seite und auf der linken Seite, sowie auf einigen Bänken rechts und auf der äußersten Linken.)

Die Sitzung wurde für einige Zeit unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhielt das Wort der Sozialist Vincent Auriol. Er analysierte die finanziellen Klänseln des Friedensvertrages von Versailles und erinnerte daran, daß der Abg. A. Loh von einer Schuldsomme Deutschlands im Betrage von 403 Milliarden gesprochen habe. Er ging dazu über, das Abkommen von Paris gegen das Abkommen von London abzu-wägen. Man habe immer behauptet, daß 68 Milliarden Gold-marks, die man in London festgelegt habe, 210 Milliarden Pa-pierfranken entsprechen, die Frankreich verlange. Er erinnere daran, daß die sozialdemokratische Partei, die in Deutschland der Regierung angehöre, die Wägen der Reparation an-erkennt. Er frage, ob man die Politik der Zwangsmaßnahmen gegenüber Deutschland weiter verfolgen wolle, damit die Alliierten und die Militärischen aus Ruher kämen. In diesem Falle müßte man die Jahresklasse 1919 50 Jahre lang unter Waffen behalten. Die Großindustrie wolle die Besetzung des Ruhrgebietes.

Die Weiterberatung wurde auf morgen nachmittags vertagt.

Die badischen politischen Stimmesleute

offiziell deutsche Volksparteiler genannt, waren zwei Tage lang in Freiburg versammelt. Sie haben sich poli-tisch unterhalten. Unter raselndem Wortgetöse. Was so-fort verständlich ist, weil das schwere Maschinengetöse der nationalliberalen Volksparteiler, Herr Strejemann, aufgeföhren worden ist, um eine Anzahl Streifen national-liberaler politischer Munition loszufahren. Wenn nämlich bei Herrn Strejemann einmal der Abzug berührt worden ist, dann rattert und knattert es. Auch Herr Paasche, ehemals nationalliberaler Führer und Vizepräsident im Reichstage, war anwesend, Herr Curtius und so man-cher andere, der die engeren Beziehungen zwischen Groß-industrie und parlamentarischer Betätigung zu schätzen weiß. Aus dem Geschäftsbericht haben wir gehört, daß die Volks-partei in Baden in 50 Orten 6000 eingeschriebene Mitglie-der hat. Da die Großindustriellen in der Hauptsache die Mittel für diese Partei aufbringen, brauchen die 6000 Ein-geschriebenen materiell nicht sonderlich sich anzustrengen. Sie würden es auch nicht tun. Dafür müssen sich die Mit-glieder natürlich gefallen lassen, daß die schwerindustriellen Geldgeber entscheidend die Taktik und die Richtlinien der Partei beeinflussen, was ja auch schon der Fall war, als die heutigen Volksparteiler noch Nationalliberale genannt worden sind.

Für diese Partei ist nun Herr Strejemann der ge-borene parlamentarische Geschäftsträger. Herr Strejemann hat sich sehr schnell vom Studenten mit sozialistischem Ein-schlag zum Syndikus der sächsischen Industriellen entwickelt, also Realpolitik getrieben. Und nun, wo es für die Volkspartei mehr als jemals für die Nationalliberalen darauf ankommt, heute zu vergessen, was gestern getan worden ist, und morgen nicht mehr dessen sich zu erinnern, was man am Tage zuvor vertreten hat, hätte sich die Volks-partei keinen geeigneteren Führer bestellen können, als Herrn Strejemann. Er wird heute umklatscht und ge-feiert — Herr Stinnes sieht es nicht ungern, wenn auch seine Leute zur Geltung kommen.

„Inferer Freund“ ist grenzenlos,
Endlich sind wir Grenz'n los.
Mutter setz' die Kröge an,
Den größten für den Strejemann!

So dichtete ein begeisterter erzgebirgischer Fabrikant, als 1907 Herr Strejemann im sächsischen Wahlkreis Anna-berg-Schwarzenberg gegen unsern, inzwischen verstorbenen Genossen Grenz gewählt worden ist.

Welche Reime würden begeisterte Nationalliberale erst von sich geben, und wie groß müßten Mutter's Kröge für Herrn Strejemann erst sein, wenn dem strebsamen Ge-schäftsführer der Unternehmerinteressen es gar gelingen würde, Reichszanzer zu werden. Und darnach strebt er, der Herr Strejemann, in idealer Konkurrenz mit Herrn Helfferich, der von den ganz gleichen Schmerzen schon seit Jahren heftig geplagt wird. Als Papa Federnbach ging, hat es noch nicht gereicht, obgleich Herr Strejemann in der Wandelhalle des Reichstags unzählige freundliche Händedrucke an die Kollegen aller Parteien gespendet hat, und, obgleich die Stimmespresse eine lebhaftige Agitation für die Kandidatur Strejemann entfachte.

Herr Strejemann ist aber in diesem Punkte von jähester Konsequenz. Darin kennt er kein Schwanken und Schauleln, da sind seine Richtlinien unverrückbar fest ge-zeichnet. Und er findet Leute, die ihn heute schon anhin-meln, z. B. die „Badische Presse“, die am Montag einen wahren Hymnus auf den bedeutenden Strejemann bringt. Wie ja überhaupt die sozusagen liberale Presse Badens in bemerkenswerter Geschäftigkeit von der Freiburger volksparteilichen Tagung Notiz nimmt. Daß die „Badische Presse“ unter der jetzigen Redaktionsleitung eine rechts-liberale, also eine nationalliberal-volksparteiliche Tendenz hat, ist unvertennbar. Interessanter ist aber, daß z. B. das „Karlsruher Tagblatt“, von dem die Sage geht, es sei demokratisch, beinahe mit dem gleichen Eifer wie die „B. P.“ die Volkspartei freundlich behandelt. Die Aktien der badischen Demokraten müssen doch verdammt kritisch stehen, daß die sozusagen demokratischen Organe so auf-fällig den Volksparteilern Rechnung tragen. Bei der „Landeszeitung“ ist das ohnehin nicht verwunderlich. Es ist an der ganzen volksparteilichen Tagung das Bemerkens-werteste, daß die demokratische Presse ein solch volks-parteiliches Gesicht heraufstreckt. Das ist immerhin ein Erfolg der Volksparteiler gegenüber der bürgerlichen Demokratie.

Und dann wäre noch erwähnenswert, daß Herr Strejemann in Freiburg recht auffällig betont hat, die Volks-partei sei bereit, mit der Sozialdemokratie zu arbeiten. Natürlich, da Herr Strejemann Kanzler werden will, gibt er rechtzeitig seine Visitenkarte bei der Sozialdemokratie ab. Da man in der Politik niemals als Niemals sagen soll, fällt es uns nicht ein, zu sagen, wir werden niemals mit der Volkspartei zusammen in eine Regierung gehen. Vor-läufig kann davon aber keine Rede sein, und unter andern, dem deutschen Volke erneut aufzuzuwingenden Verhältnissen, kann sich auch unsere taktische Haltung ändern. Wären die

Eine Verordnung des Reichspräsidenten über Oberschlesien

11. Berlin, 24. Mai. Um eine Waffe gegen die Bil-ligung von Freikorps zu haben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministers des Innern einen Erlaß herausge-geden, der folgenden Wortlaut hat:

Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot mili-tärischer Kommandos vom 24. Mai 1921. Aufgrund der Ver-fassung des deutschen Reiches verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zustän-digen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zu-sammenschließen oder an solchen Verbänden teilnehmen, wird mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. oder Gefängnis bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Zeitpunkt der An-klagung in Kraft und gilt für das ganze Reichsgebiet mit Aus-nahme des ober-schlesischen Abstinenzgebietes, wo die Inter-alliierte Kommission zuständig ist.

Ungewöhnlicher deutscher Selbstschutz

11. Breslau, 24. Mai. Der deutsche Selbstschutz ist entgegen der Note des französischen Gesandten viel zu schwach, um gegen die etwa fünffach überlegenen Kräfte der Infurgen-ten irgendwelche ganze Arbeit leisten zu können. Man ist sich in den weitesten Kreisen vielfach bewußt, erst das Ergebnis der Konferenz von Boulogne abzuwarten zu wollen, um gegen alle Kräfte, die sich der gebotenen Zurückhaltung widersetzen sollen, energisch vorzugehen.

Englische Verstärkungen in Ober-schlesien

11. Köln, 24. Mai. Wie die „Cologne Post“ meldet, beläuft die englische Marine am Montaa nachmittags in

Überbestimmung mit der französischen Regierung, britische Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, die bei der Aufrecht-erhaltung der Ordnung in den unruhigen Bezirken verwendet werden. Die für diese Aufgabe bestimmten Truppen sind vier Bataillone der Rheinarmee. Diese Bataillone werden durch französische Truppen ersetzt werden, die unter dem Befehl des englischen General Morland treten. Frankreich dürfte ebenfalls Truppen nach Oberschlesien senden, um die dortigen Garnisonen zu verstärken.

Zuspitzung der Lage in Oberschlesien

11. Breslau, 24. Mai. Aus führenden Kreisen der ober-schlesischen Industrie lagen heute vormittag außerordentlich ernste Nachrichten über die Lage, besonders im Kattowitzer Be-zirk, vor. Die Stadt Kattowitz ist seit Tagen ohne Wasser, Licht und Elektrizität. Alle Eisenbahnwaggons und Lokomotiven sind requiriert worden. Die Industrie befindet sich in gefährdeter Lage und in dem Erliegen außerordentlich nahe. Sie erleidet Verluste, die in viele Millionen gehen und erwartet auf das Bestimmteste, daß die Entente für diese Schäden aufkommen wird. Im Augenblick befindet sich englisches Militär im An-marsch.

Abperrung der ober-schlesischen Grenze

Berlin, 24. Mai. Wie die „Tel.-Union“ erfährt, ist die Grenze nach Oberschlesien heute vormittag von deutscher Seite abgsperrt worden. Es sind eine Anzahl Hundertschaften zu diesem Zweck an die Grenze beordert worden.

Berlin, 24. Mai. Die polizeilichen Maßnahmen zur Sper-rung der ober-schlesischen Grenze sind durchgeführt. Die Grenze ist gesperrt. Das preussische Ministerium des Innern entsandte 400 Mannschaften der Schutzpolizei an die Grenze, die den Ein-tritt von Bewaffneten aus Deutschland verhindern und aus Oberschlesien zurückkehrende Bewaffnete entwaffnen sollen.

Unabhängigen politisch so vernünftig, wie sie bisher leider unvernünftig waren, stände die Volkspartei als politisches Kauerblümchen in einer Ecke, das zum Tanze zu holen keinem ernsthaften Menschen einfallen könnte. So aber spekuliert Herr Stresemann auf anhaltende Unvernunft der äußersten Linken. Ob es einmal eine Situation geben wird, in der man sich auch mit der Volkspartei als gleichseitig mit der Sozialdemokratie regierende Partei zwangsläufig abfinden müßte, ist heute nicht abzusehen. Aber mit einem Reichkanzler Stresemann sich abzufinden, das wäre, so glauben wir, doch eine zu große Zumutung. Auch wenn uns die „Badische Presse“ noch so aufdringlich den Herrn als „stärkste politische Persönlichkeit des deutschen Parlaments“ aufschwäben will. Den Mann kennen wir besser, als die Herren in der Rammstraße.

Im übrigen wird es interessant bleiben, den weiteren Verlauf des Ringens zwischen den Demokraten und den Volksparteilern in Baden genau zu beobachten.

Was man nicht einsehen will!

Von Gewerbelehrer Bed in Böhrenbach

In der strikten Absage von jedem Militarismus — wie Gen. Gaebler im „Volkstrend“ Nr. 116 treffend ausführte — liegt unsere künftige innen- und außenpolitische Entwicklung verborgen. Aber das ist gerade auch das Moment, welches weite Kreise unseres Volkes nicht einsehen wollen. Je reicher wir uns aber darauf geistig einstellen, daß Deutschland seine Rolle als Militärmacht ausgepielt hat und daß wir unter altem Ansehen mit militärischen Machtmitteln nicht wieder herstellen können, desto besser wird es für unser Volk und Staat sein. Der Militarismus war die Staatsform des Mittelalters, von dem wir endgültig Abschied nehmen wollen. Ein neues Zeitalter ist heringebrochen mit neuen Aufgaben, neuen Zwecken und neuen Zielen. Es ist das Zeitalter der sozialen Arbeit. Auf den Trümmern des individualistischen Militarismus wird sich der soziale Arbeitsstaat aufbauen. Das Schicksal zwingt uns Deutsche geradezu, die Mission der Bahnbrechung hierin auf. Auch die anderen Völker werden über kurz oder lang in die gleiche Entwicklung einzuweichen. — Wie der Militarismus in der früheren militärischen Erziehung wurzelte, so kann auch der Arbeitsstaat nur durch eine planmäßige Erziehung zur Arbeit sich gedeihlich entwickeln. Die Einführung des in der Reichsverfassung verankerten Arbeitsunterrichts in allen erziehbaren Säuglingen trägt dieser Entwicklung bereits Rechnung. Aber damit ist der Erziehungsgedanke der Arbeit noch lange nicht erschöpft. Den unmittelbaren Trägern der Arbeit muß auch eine Erziehung und Bildung gegeben werden, welche denselben neben höchster beruflicher Erleichterung ein soziales Pflichtbewußtsein und eine ethische Erziehung des sozialen Arbeitsbegriffs vermittelt. Ganz besonders muß der Erziehung von Qualitätsarbeitern ein Hauptaugenmerk zugewendet werden, weil die ganze wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands die Auswertung der qualitativen Produktion geradezu in ihrer Vollenbung erfordert. Die vorbedachte, planmäßige Erziehung zur Arbeit muß also an die Stelle der früheren militärischen Justerziehung treten. Statt der Züchtung eines slavischen Kadavergehörigens und der Zertrümmerung des freien Willens erfolgt die Entwicklung der Energie an der Arbeit, der Erziehung eines starken Willens und eines produktiven, schaffenden Geistes. Dazu brauchen wir vor allem tüchtige Erzieher. — Ob die Reihe, welche bisher dem Militarismus die Erzieher lieferten, dieses nun auch dem Arbeitsstaat tun wollen, entgegen ihren Traditionen von dem Mafel der wertvollen Arbeit?

Traum oder Wirklichkeit

Die französischen Kommunisten und das Ruhrbesetzungs-Angebot

Herr Briand, der französische Ministerpräsident, hat zu Anfang dieses Monats vor seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz von englischem Boden aus die Weisung nach Paris gehen lassen, die Befestigung des Ruhrreviers vorzubereiten und zu diesem Zweck die Jahresschiffe 1919 zu mobilisieren. In einem

Zümlinger und seine Zucht

Roman von Konrad Zeele
(Fortsetzung.)

„Bedenken doch, bitte, Guter Gnaden,“ sagte Zümlinger, im Innern hämisch grinsend, „daß ich Jahre gebraucht habe, bis mir die Herrlichkeit unter der gültigen Leitung meines gnädigen Herrn Oberdeutsch-Knobbe gelang. Nun macht die richtige Rahmung noch Schwierigkeiten. Meine bescheidenen Forschungen hierüber sind noch nicht durchgearbeitet, die Kinder brauchen, um gesund zu bleiben, noch einen Nahrungszusatz, den ich vorläufig nur von Tag zu Tag und nach immer wiederholter Befestigung ihres Zustandes anfertigen kann.“

„Sie sind ein ganz trauriger Stümper!“ schimpfte der Regierungsrat Zumbrecht.

Zümlinger entschuldigte sich: „Es würde schneller gehen, wenn ich mich dieser Aufgabe ganz widmen könnte. Die mir angewiesenen Stoffrichtiger sind in der Kinderzucht völlig unternützlich; man beltebe nur, mir noch eine Weile hier meinen Anblick zu verzeihen!“

In Wirklichkeit hatte er der ganzen Kindererziehung von vornherein ein hemmendes Ferment zugefügt. Seine Tätigkeit in der Küche beschränkte sich darauf, dieses Ferment von Tag zu Tag ungeschädlich zu machen. Das war die bequemste Art, die Nacht über seine Geschöpfe nicht zu verlieren. Es verjagte ihm auch wenig, daß man ihn zum simplen Kunstfunderloch degradierte.

In die praktische Ausbildung seiner Geschöpfe hatte er allerdings nicht hineinzureden.

Diese Ausbildung ging nach einfachen Hundebesetzungsgrundsätzen vor sich. Zumbrecht hatte vier Erziehungsleitfäden aufgestellt.

1. Sprache wirkt schädlich. Die Dressur geschieht deshalb bis auf die Befehlsstichworte stumm.
2. Der Anblick der Natur wirkt schädlich. Die Geschöpfe sind deshalb nur in Gebäuden und unter Tag zu beschäftigen.
3. Sobald die verlangte Handfertigkeit erreicht ist, wird durch eine von Zümlinger ausgearbeitete Verbindungsweise weiterer Fortschritt verhindert.
4. Die Geschlechtsorgane sind zur Verhütung von Ausweichungen unbrauchbar zu machen.

So geschahs. Und man nannte die Kunstmenschen in der Gesamtheit Zucht, den einzelnen Züchtling. Als Anruf dienten

Artikel „Kaltblüt und Disziplin“ in der „Humanität“ beschäftigt sich Professor, der Führer der kommunistischen Partei Frankreichs mit der Frage, wie sich die Kommunisten zu dieser Mobilisierung, die einen Krieg bezweckt, verhalten sollen. Die Partei hat, ebenso wie die Sozialistische Partei Frankreichs, gegen die Mobilisierung protestiert. Kann sie aber über diesen Protest hinausgehen? Kann sie die von der Einberufung Betroffenen zur Gehorsamsverweigerung, zur Fahnenflucht aufrufen? Das ist die Frage, die Professor in seinem Aufsatz zu beantworten versucht. Er schreibt:

„Auf meinem Büro sind Genossen erschienen, die, den Gesellungsbegehren in den Händen haltend, mich nach dem praktischen Rate der Partei gefragt haben. Ich war gezwungen, ihnen blutenden Herzens zu erklären, daß ich ihnen nicht empfehlen könnte dem Befehl nicht nachzukommen. Ich gebachte jener Matrosen des Schwarzen Meeres, die in republikanischen Festungen dafür blieben mühen, daß sie auch die Uniform tragend Menschen geblieben sind. Wir feiern ihre Taten. Wenn wir um unsere Verantwortung unbestimmt genug wären, neue Opfer ersehen zu lassen, hätten wir gewiß Stoff zu erregenden Reden, aber ich glaube, in unserem Innern spüren wir Gewissensbisse, weil wir einige, vielleicht die besten unserer Genossen der unerbittlichen Rache der Bourgeoisie ausgeliefert haben, so lange die Luft zwischen Traum und Wirklichkeit so tief ist. Es ist leicht, Parolen hinauszuwerfen, aber wenn diese auf allgemeine Gleichgültigkeit stoßen, so machen sich ihre Schöpfer lächerlich und sie werden nur von einer Handvoll Kämpfer befolgt, die stets zu allen Opfern bereit sind. Aber diese Parolen münden doch nur in der Forderung dessen aus, was mit so großer Mühe aufgebracht worden ist. Hoffbares Blut würde vielleicht fließen. Aber vergeblich, denn die schönen und heldenartigen Verweisslungsschritte würden keinen Einfluß auf den Gang der Dinge haben. Eine Bewegung wird nicht gemacht; sie muß vielmehr soziales die Massen selbst zur Erhebung bringen.“

Was hier der französische Kommunistenführer Professor sagt, wird jeder vernünftige Politiker verständlich finden: in Frankreich hätte die Gehorsamsverweigerung der zu mobilisierenden Truppen jetzt keinen anderen Erfolg als den, Hunderte von armen Leuten der blutigen Rache des rabiaten Militarismus und der hinter ihm stehenden chauvinistischen Bourgeoisie auszuliefern. Kein verständiger Mensch erwartet oder verlangt gar von den französischen Arbeitern also eine solche Haltung, da jedermann weiß, daß sie, auch wenn sie noch so entschlossen und opferbereit wäre, gegenüber den furchtbaren Machtmitteln des militaristischen Systems blutig unterliegen müßten. Sind es aber nicht gerade die französischen Sozialisten und Kommunisten, die uns deutschen Genossen immer und immer wieder den Vorwurf machen, wir seien deshalb mißsündig am Kriege, weil wir uns im August 1914 nicht der Mobilisierung widersetzt, nicht offen die Gehorsamsverweigerung gegenüber den Gesellungsbegehren proklamiert, durch Generalirei nicht den Einheitsverband verweigert hätten? Wenn aber derartiges schon heute, wo aller Welt der Krieg und das Kriegsgeräusch nach bald sieben Jahren des Morbens, Verhörens und der Völkerverehrung — wie man volkstümlich zu sagen pflegt — armslang zum Halbe herausklingt, im republikanischen Frankreich nicht möglich ist, wie viel weniger anno 1914 im monarchischen Deutschland mit seiner Kaserneerziehung, seiner politischen Entzweiung und seinem drakonischen Militärstrafgesetzbuch?

Wenn einer der hervorragendsten Führer der französischen Kommunisten heute, vor die Frage der praktischen Konsequenz seiner Ideen gestellt, zum bedingungslosen Rückzug bläht, weil ihm vor den Folgen der eigenen Kurage graut, wie wollen diese Herrschaften dann noch weiter die verhandlungslosfeindliche Haltung rechtfertigen, die sie bisher stets der Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber eingenommen haben?

Den deutschen Kommunisten — aber auch unseren Anhängern — sei die einprägnante Lektüre der obigen Auslassung Professor angelegentlich ans Herz gelegt. Sie zeigt die tiefe Klutz, die zwischen „erregenden Reden“, die man „unbestimmt um Verantwortung“ ins Volk hinausschmettert, zwischen „leicht hinausgeworfenen Parolen“ einerseits und verantwortungsbewußten Maßnahmen im entscheidenden Moment andererseits besteht — die Klutz zwischen Traum und Wirklichkeit“, wie Professor sagt — so greifbar deutlich auf, daß sich ihrem Eindrud kein vernünftig und ehelich Denker entziehen kann.

Namen wie Thras, Pluto, Klumbatsch, Minerva, Mops; auch Spartakus wurde späterhin ein beliebter Name.

Als Verbindungsstern der ersten Zwanzig war der 15. Mai angelegt worden.

„Vergessen Sie bitte nicht, daß Kinder spielen müssen, und daß sie Sonne brauchen,“ hatte sich Zümlinger zu sagen erlaubt.

„Stellen Sie gefälligst diese Vorhänge ab,“ knurrte Knobbe. Aber die Wollsprünge der Zümlinger waren so bunt, daß er sich jedesmal den dicken Bauch vor Lachen halten mußte. Dies wiederum war seiner trägen Verdauung förderlich, und so ließ er sie hüpfen.

Der kräftigste Einfluß der Sonne war allzu ersichtlich, als daß man nicht hätte davon Gebrauch machen sollen. Die Zümlinger fanden infolgedessen bei Sonnenschein auf dem beschatteten Dache der Halle statt.

Am frühen Morgen des 15. Mai belam Zümlinger Leibschneiden. Er trank reichlich Magenbitter und begab sich schwerentüzt zu seinen Sprößlingen in die Halle.

Knobbe klingelte ihn an:

„Alles in Ordnung? Der Prüfungsausschuß erscheint pünktlich zehn Uhr. Die Zümlinger treten nach an.“

„Zu Befehl!“ rülpfte der Kunstfunderloch in den Fettsprecher. Sein Blick war vom Alkohol getrübt. Er hätte sonst merken müssen, daß sich Knobbes Tochter Hilde mit ihrer Freundin Gertrud in einem Vorraum an einem Hallenfenster zu schaffen machte. Die beiden jungfräulichen Mädchen stellten fiebernd einen großen Spiegel auf, um das zu erwartende Schauspiel ganz im Geheimen zu beobachten.

„Schau hin, Gertrud; dort schlafen Niesenmenschen in zwei Verschlagen; reizend, nicht wahr?“ lipelte Hilde.

„Vater geht nicht mit der Sprache heraus, aber ich weiß etwas, daß nur auf! Da! Psiu doch!“

Sie machten die Hälse lang und berührten den Spiegel beinahe mit der Nase.

Heute hatten die Zümlinger noch einmal eine Stunde länger schlafen geburft. Aber eben heute sie Zümlinger, indem er ihnen die Wolldecken wegnahm. Er hatte auch ihre Rodentmittel entfernt; die Sonne schien warm genug durch die Fenster, und sie sollten sich einwillen bis zur Prüfung an die ihnen ungewohnte Radzeit gewöhnen.

Da begann ein Grunzen und Schnauben, ein Gähnen wie Löwengebrüll. Die jungen Niesen redeten ihre gewaltigen Glieder, sie verjagten sich unter den Strohsäcken zu verbergen und weiter zu schlafen.

Badische Politik

Die Vorkommnisse im Mannheimer Rangierbahnhof

Der Ausschuß für Besuche und Beschwerden trat am Dienstag zu einer kurzen Sitzung zusammen. Zur Beratung stand ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion in Sachen der am Anlaß der Vorkommnisse im Mannheimer Rangierbahnhof bestraften Eisenbahnbeamten und Arbeiter. Der Antrag lautet:

„Das Ministerium der Justiz wird gebeten, Vollstreckungen von Strafen, soweit sie noch nicht begonnen haben, einzustellen hinsichtlich derjenigen Eisenbahner, die wegen Diebstahls aus dem Mannheimer Rangierbahnhof bestraft sind und zwar so lange, bis der Landtag über das Gesuch des Bürgermeisters und Pfarramtes Friedrichsfeld, Kirchach, Ebingen, Redarhausen, Blankstadt, Seddenheim und Bisenthal entschieden hat.“

Der Vertreter des Justizministeriums legt Zweifel, ob der Ausschuß das Recht hat und ob es gut sei, wenn in den Rechtsgang der Justiz eingegriffen werde. Selbstverständlich habe der Landtag das Recht, aber nach der Verfassung müssen erst die Instanzen durchlaufen sein. In den vorliegenden Fällen habe nach dem Justizministerium erst noch das Staatsministerium zu entscheiden. Die Antwort der Regierung auf die eingereichten Petitionen könne erst nach dem Entscheid des Staatsministeriums erfolgen.

Die Vertreter der Sozialdemokratie traten trotzdem für ihren Antrag ein. Es müsse nun endlich den bestraften Leuten die Gelegenheit gegeben werden, sich wieder aufzurichten. Wenn im Winter, wegen Überfüllung der Gefängnisse, der Strafvollzug nicht durchgeführt werden könnte, so sei es auch nicht schlimm, wenn jetzt, wo die Verkräfteten und aus Anlaß der Verkräftung entlassenen Leute Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft finden, noch so lange vom Strafvollzug verschont werden, bis ihre Petitionen vom Landtag erledigt sind. Dies sei ein Recht, das auch die Bestraften Anspruch hätten.

Beim Zentrum stellte man sich auf den Standpunkt des Justizministeriums. Die Abstimmung ergab 8 Stimmen für den Antrag der Sozialdemokratie, 5 Stimmen gegen den Antrag, der letztere ist also angenommen.

Gegen die Betriebsstillegungen in Mannheim

Die Abg. Arnold (Soz.) und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben folgende förmliche Anfrage eingereicht:

Die Firma Benz in Mannheim beabsichtigt ab 1. Juni 1921 einen Teil ihres Betriebes, „das alte Werk“, stillzulegen. Durch diese Maßnahme werden etwa 1000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Gleichzeitig legt die Firma Benz in Mannheim den Betrieb der Luftschiffwerke still. Was gedenkt die Regierung zu tun, die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit im Mannheimer Industriebezirk zu unterbinden?

Vorkommnisse beim Amtsgericht Adelsheim

Abgeordneter Kauf (Soz.) hat folgende förmliche Anfrage eingereicht:

In der Presse wird behauptet, daß beim Amtsgericht Adelsheim seitens einzelner Gerichtsbeamten schwere dienstliche Verfehlungen vorgekommen seien. — Sind der Regierung diese Verfehlungen bekannt? Ist sie bereit, Untersuchung einzuleiten und dem Landtag hierüber zu berichten?

Die Sozialdemokratie für unverzügliche Unentgeltlichkeit der Vermittel

Die Abg. Strobel (Soz.) und weitere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion haben im Landtag folgenden Antrag eingereicht:

Untergeordnete beantragen, der Landtag möge die Regierung ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, daß in Baden die Bestimmungen des Artikels 145 der Reichsverfassung, wonach der Unterricht und die Vermittel in den Volkshochschulen unentgeltlich sind, durchgeführt werden.

Redarakanalisation und Deutscher Metallarbeiter-Verein

Die organisierte Arbeitererschaft hat hier in Südbaden den Bau des Redarakanals von jeher mit lebhafter Anteilnahme begrüßt. Der Deutsche Metallarbeiterverband des Bezirks Württemberg, Baden und der Pfalz hat am 8. ds. Mts. zur Redarakanalisation Stellung genommen und eine Entschließung einmütig gefaßt, die sofort mit einem Begleitschreiben an die Reichsregierung und an die Regierungen von Baden, Württemberg und der Pfalz, sowie an den Präsidenten des deutschen Reichstags und an die Landtags-Präsidenten von Württemberg, Baden und der Pfalz weitergeleitet worden ist. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Auf!“ schrie Zümlinger, indem er Knobbes oberdeutschen Tonfall nachzuahmen versuchte. Und schon erhoben sich seine Geschöpfe gehoramt, der Weisheit gewärtig. Ein stummer Diener brachte den Frühstück; sie genossen munterlich die heiße Kaffee aus Blechtassen, fast ohne zu schmecken. Prästend drückten sie sich aneinander wie Schafe, harmlos wie Kinder. Aber sie fühlten, unwissend zwar, das nackte Fleisch und die heißen Geschlechter; sie wägen, von eigener innerer Hitze erhitet, auseinander und saßen sich aus großen Augen verblüfft an.

„Na na!“ Zümlinger sah, was die Blöße gefährlich hatte. „Ach ihr armen Dinger! Mensch, so wandte er sich an den Diener, „laß die Nockenapparate in Ordnung bringen.“

Gertrud und Hilde schlug das Herz schneller; ihr Atem ging schneller.

„Das schickt sich nicht. Geh nach Haus,“ sagte Hilde.

„Geh du doch!“ wehrte Gertrud ab.

„Es ist entschieden zu warm hier,“ dachte Zümlinger und öffnete ein Fenster. Der Morgenwind trug, weiß Gott woher, süßen Jasminduft herein. Ein bunter Schmetterling flog, von seinem Männchen verfolgt, durch die Halle.

Die Zümlinger schnauten und wüchsen noch weiter auseinander.

„So was! Bis jetzt taten sie doch unschuldig.“ Zümlinger war selber aufgeregt.

„Mops! Treff! Koro!“

Er rief die Mägdle einzeln auf.

„Hop! Auf! Auf! Diana, leg dich! Minerva, leg dich!“

Es war höchste Zeit. Die Zümlinger, die sich die ganze Zeit her alles hatten gefallen lassen, die sich ihrer ungeheuren Kraft völlig unbenutzt waren und sanfter als Lämmer auf Wort gehorcht hatten, folgten nun langsam. Sie stießen großhändig die Hände, ballten die Hände und pirierten einander an, wie durch den Wind zusammengeleitet.

Aber die Dressur war vorzüglich gelungen. Nach einer Minute waren die Männchen auf dem Dache, lagen die Weibchen still in der Halle. So glaubte in seiner Trunkenheit Zümlinger nämlich.

Hilde und Gertrud wüchsen es besser. Sie redeten die Hälse, allerdings ohne ganz befriedigt zu werden.

„Was nun?“ sprach Zümlinger. Blödsinn schützten die Jungfrauen vor ihm auf der Erde bitterlich. Er schickte sie an ihre gewöhnliche Arbeit, einen Haufen Steine von einem Pflad auf eine andere Stelle zu schaufeln. Sie weinten dabei, und in ihren Augen spiegelten sich Träume.

(Fortsetzung folgt.)

am Dien-
stung stand
den der aus
bahnhof be-
trag lautet;
Bollwerkun-
haben, ein-
legen Die-
urteilt sind
Gesuch des
clach, Ein-
sential ent-
ifel, ob bei
den Rechts-
ndlich habe
sien erst die
fassen habe
sternum zu
naimstiffe-
obdem füt
len Leuten
gen. Wenn
der Straf-
auch nicht
ah der Be-
andwärt-
werden,
ies für ein
dpunkt des
immen für
n den An-
im
der sozial-
frage ein-
b 1. Juni
ert",
100 Arbeiter
irma Was ge-
Was ge-
Arbeits-
nterfinden?
im
Anfrage
Amtsgericht
dere dienst-
Regierung
scheidung ein-
geltlichkeit
der der so-
den Antrag
die Regie-
en, daß in
Schwerf-
sollen
sicht werden
r-Verband
abdeutschland
ntelnahme
sirts Wirt-
zur Redak-
scheidung ein-
den, an die
den, Wirt-
s deutschen
ürttemberg,
Die Ent-
berdeutschen
n sich seine
mer Diener
eige Klasse
drüchten sie
Aber sie
beiden Ge-
tel, ausein-
an.
agen hatte
an den
ingen."
s; ihre Klein-
solde.
Winger und
Wort mober,
g slog, von
weiter aus-
Büllinger,
eg dich".
die ganze
ungeheuren
e aufs Wort
en größten
n, wie durch
Nach einer
die Weib-
heit Bü-
n die Gälte,
luchten die
idie sie an
einem Fle-
dabei, und

Die am 8. Mai 1921 tagende Konferenz der Funktionäre und Betriebsräte vom Bezirk Württemberg, Baden und des Pfalz des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die 18000 organisierte Metallarbeiter vertreten, begrüßen die Zustimmung der badischen Regierung zur Redaktionsaktion. Sie hoffen, daß damit die letzten Schwierigkeiten überwunden sind und daß die Verbindung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmung zur Durchführung des Redaktionsplans bis Pfingsten und später bis zum Ende der Erhellung der Kraftwerke nunmehr so rasch wie möglich in die Wege geleitet wird.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Hebung des industriellen und gewerblichen Lebens überhaupt, fordert die Konferenz von den in Frage kommenden Freistaaten und der Reichsregierung eine großzügige Durchführung des Projekts der Redaktionsaktion. Sie fordert weiter, daß ebenso wie die sozialen Interessen der Gemeinden und der ortsanhängigen Industrie auch die Interessen der Arbeitnehmer in der Organisation der gemeinwirtschaftlichen Gesellschaft vertreten werden, so daß ein Werk entsteht, das den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Süddeutschlands entspricht und eine dauernde Regelung unserer Gesamtwirtschaft gewährleistet.

Zentrierte Presse-Propaganda

Die bestehenden rund 50 Zentrums-Blätter in Baden zeigen davon, daß die Zentrums-Partei immer großen Wert auf die Verbreitung ihrer Ideen durch die Presse gelegt hat. Die kleinen Zentrumsblätter, deren Gründung sich das Zentrum besonders angeeignet sein ließ, machen die Wahlen. Sie sind zwei oder drei Monate vor dem Wahltermin ganz auf den Wahlkampf eingestellt und geben den politischen Gegnern des Zentrums keine Schonung. Da sie ihre Verbreitung in der Hauptsache aus dem Lande haben, machen sie den anderen Parteien, die mit ihrer Presse nicht dorthin dringen, gehörig zu schaffen. Das darf auch vom Standpunkt der Sozialdemokratie ruhig zugegeben werden. Wir können daraus höchstens lernen, wie man es ebenfalls zu machen hat. Neuerdings hat die badische Zentrums-Partei sogar eine besondere Korrespondenz, die badische Zentrums-Korrespondenz genannt, gegründet, die in Karlsruhe herausgegeben wird und das einschlägige Propagandamaterial täglich den Zentrumsblättern zugehen läßt.

Dabei bleibt das Zentrum nicht stehen, es dehnt seine Wirkung auch auf die sogenannten Unterhaltungs-Presse aus. Typisch dafür ist eine Notiz, die wir dieser Tage im „Wittlinger Volksblatt“ lesen. Sie lautet:

(Weilerbach, 18. Mai. Zur Zeit weiß auf kurzen Besuch Herr Theodor Wüst von Karlsruhe hier, Redakteur des „St. Konrad-Blatt“. Die Schwarzwalddreiecke gilt der weiten Verbreitung des genannten Blattes, des eigentlich und offiziellen religiösen Sonntagblattes der Erzdiözese Freiburg, das neben der politischen Tageszeitung in keiner katholischen Familie fehlen sollte. Vorzüglich redigiert, ist es geeignet, dem Katholiken die rechte Orientierung zu geben. . . . Bereits in 46000 Häusern ist das Blatt ein erstehender Lesegenoss, der keine Aufgabe mehr bekommt.

Wenn ein Unterhaltungsblatt, natürlich ganz auf die Zentrums-Ideen in seinem Inhalt zugeschnitten, bereits in 46000 Häusern zu finden ist, so darf man schon feststellen, daß damit eine recht wirksame Propaganda einleitet werden kann. Die Sozialdemokratie weiß ganz und gar diesen Gedanken und Lehren zu begegnen, aber uns scheint, sie soll: aus der Art, wie das Zentrum für seine Presseerzeugnisse aller Art tätig ist, die entsprechende Anwendung ziehen und die gleiche Mühseligkeit an den Tag legen. Je besser sie auf diesem Gebiete arbeitet, desto leichter wird sie politisch und agitatorische Erfolge erzielen.

Politisches Wendwerk

Wer die Verhandlungen des Landtags genauer verfolgt, wird finden, daß sich das Zentrum sehr oft und sehr lange mit Fragen beschäftigt, die außerhalb seiner Kompetenz liegen und kaum irgendwelchen praktischen Wert haben. Besonders tritt dies bei den zahlreichen Interpellationen und Anträgen zutage, die mit dem Wortlaut beginnen „der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken . . .“ Ueber solche Anträge, bei denen oft sogar völlige Einmütigkeit unter den Parteien besteht, werden oft Sitzungen diskutiert, ohne daß irgend etwas herauskommt. Denn selbst wenn der Antrag einstimmig angenommen wird, geht er nun an die Reichsregierung, bei der seitens der anderen deutschen Länder vielleicht wieder andere Beschlüsse vorliegen, wodurch er sich auflöst. Außerdem hat aber bei sehr vielen dieser Fragen der Reichstag die Entscheidung in Händen, so daß es nichts anderes als das Dröseln von leerem Stroh bedeutet, wenn im Landtag darüber oft stundenlang „eider Geiß“ hergespritzt wird. Von wichtigen Angelegenheiten, in denen feststehende hochbedeutende badische Wünsche nachdrücklich gegenüber der

Reichsregierung betont werden, sollte deshalb von dem Wendwerk der indirekten Anträge abgesehen werden; vor allem aber unterlassen werden, diese in ellenlangen Reden zum Fenster hinaus zu begründen, nachdem ja im parlamentarischen System die Minister ohne weiteres verpflichtet sind im Sinne der Parlamentsmehrheit tätig zu sein. Denn es bedeutet nichts anderes als politisches Wendwerk, begangen an der Wählerchaft, wenn im badischen Landtag tagelange Reden gehalten werden über Dinge, für die er nicht zuständig ist und die in erster Linie vor den Reichstag gehören, während wichtige Aufgaben der Erledigung harren.

Die Angst der Demokraten

Wer nur einigermaßen die politische Situation in Baden verfolgt, weiß mit welchen Ängsten die Demokratische Partei den kommenden Landtagswahlen entgegensteht. Nur mit Bittern und Wehen denken sie der kommenden Abrechnung über ihre lauwarme Politik, die weder Fleisch noch Fisch war, um möglichst lange Vogelstrauchpolitik treiben zu können. Da wird es nun den Demokraten stark auf die Nerven gehen, wenn sie aus dem Geschäftsbericht der „Liberalen Volkspartei Badens“ entnehmen, daß die Zahl derer, die aus der alten nationalliberalen Partei in die „Liberalen Volkspartei“ eintraten, wächst — eine Erscheinung, die im Interesse der politischen Klärung zu begrüßen ist, wenn sie auch den Demokraten verbittert. Inwiefern viel Kopfweh machen, da ihre verschwommene Politik an dieser Entwicklung die Hauptschuld trägt. In über 50 Ortsvereinen zählt die „Liberalen Volkspartei“ 6000 Mitglieder.

Ein interessantes Bild auf die badischen Presseverhältnisse liefert schließlich noch die für die Demokraten ebenfalls beachtliche Mitteilung im Geschäftsbericht der Liberalen Volkspartei, daß neben dem Landesorgan, die „Badische Post“ eine Reihe weiterer Lokalblätter sich zu den Grundzügen der Liberalen Volkspartei bekennen und eine weitere Zahl von Zeitungen mehr und mehr geneigt sind, die Berichte und Mitteilungen der „Liberalen Volkspartei“ zu veröffentlichen was, wie wir bemerken, ein interessantes Schlaglicht auf die „demokratische Presse“ wirft.

Badischer Landtag

gr. Karlsruhe, 24. Mai.

41. öffentliche Sitzung

Präsident Hoff eröffnet die Sitzung um 9.15 Uhr.

Am die Laubstreuabgabe

Abg. Fischer-Weigenheim begründet seine förmliche Anfrage betr. die Vermeidung der Laubstreuabgabe durch Domänen- und städtische Verwaltungen. Landratsmeister Gressel teilt hierzu mit, daß diese Frage bereits Gegenstand von Besprechungen war, wie dem Antragsteller bekannt sein dürfte. (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!) Bereits vor dem Kriege mußte mit der Laubstreuabgabe ein gewisses Maß eingehalten werden. Im Krieg ging man dann zur Unterbringung der Bombenreste in der vermehrten Laubstreuabgabe sehr weit, und setzte diese Bereitwilligkeit auch darüber hinaus fort. Es geht jedoch nicht an, dieses Verfahren dauernd fortzusetzen, da der Waldboden durch die dauernde Laubstreuabgabe sehr geschädigt wird. Es zeigen sich Waldbodenentartungen. Man darf deshalb dem Wald nicht dauernd Streu entnehmen, was auch die Landwirte einsehen sollten. Auch wird mit dem entnommenen Waldstreu nicht immer haushälterisch umgegangen. Unter genauer Prüfung der Bedürfnisfrage muß deshalb die Laubstreuabgabe verringert werden.

Abg. Dr. Rehter (Str.) erinnert daran, daß früher ja sehr häufig mehrjährige Debatten über die Laubstreuabgabe stattfanden, ohne daß dabei etwas herauskam. Man sollte deshalb jetzt das Klemm des Landtags mit diesem Verhalten verbinden und die Kommission sollte direkt ihre diesbezüglichen Wünsche vortragen.

Die Sozialdemokraten gegen das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen.

Hierauf werden eine Reihe Petitionen erlesen. Abg. Schell (Str.) berichtet über die Petition der Handelskammer für die Kreise Heilbronn und Mosbach gegen das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen, für das neulich die große Mehrheit des Landtags in einem Antrag eintrat. Beim Landtag und der Regierung sind inzwischen Petitionen einer Reihe weiterer Petitionen gegen das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen eingegangen. Der Ausschuss befragt jedoch gegen 2 Stimmen über die Petition gegen das Verbot sportlicher Wettspiele an den höchsten Feiertagen zur Tagesordnung überzugehen.

Vom Abg. Weismann (Soz.) und weiteren Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion ist ein Antrag eingegangen, das

Verbot sportlicher Veranstaltungen an den hohen Feiertagen aufzuheben.

Abg. Weismann (Soz.):

Ich möchte darauf hinweisen, daß zu der Petition noch eine Reihe weiterer Gesuche vorliegen. Ich glaube, daß der Beschluß am 28. Januar über das Ziel hinausgeht. Wir haben den Sturmlauf gegen den Beschluß verfolgt. Gewiß muß die Sonntagfeier geschützt werden; aber die Art, wie der Einzelne den Feiertag feiern soll, läßt sich nicht durch Gesetz festlegen. Die einen beschäftigen ihn durch Kirchenbesuch, die anderen durch Ausflüge, weitere durch Sport. Wir können keine Vorschriften gegen solche machen, die den Feiertag durch Sport feiern wollen. Viel mehr wird der Feiertag beeinträchtigt durch die Autos, die an den Feiertagen vorbeifahren und den Gottesdienst stören. Außerdem hat man in keinem anderen Land eine Beeinträchtigung des Sportes an den höchsten Feiertagen. Baden als „Musterlande“ sollte da wahrlich kein besonderes Ausnahmegericht machen. Außerdem bedeutet das Verbot eine finanzielle Schädigung. So hat deshalb das Verbot in allen Sportkreisen schärfste Gegnerschaft gefunden, wie auch Resolutionen von Arbeitersportvereinen beweisen. Der Beschluß vom 28. Januar läßt sich deshalb nicht aufrecht erhalten und man sollte ihn wieder aufheben.

Abg. Dr. Schofer (Str.) meint, daß der neue Beschluß keine Beeinträchtigung des Sportes bedeutet. Doch kann man die Sache nochmals durchprüfen, soweit die Feiertage mit Doppel-Feiertagen in Frage kommen. Man sollte deshalb die Frage nochmals in der Kommission behandeln.

Abg. Dr. Mayer-Karlruhe (D.R.) stimmt der Rückverweisung an die Kommission bei und weist auf die wertvollen Anregungen hin, die Abg. Weismann gegeben hat. Doch bitte ich dringend, daß der Ausschuss an seiner Entschiedenheit festhält. Es soll geturnt und Sport getrieben werden. Doch handelt es sich darum, vom Sonntag Gewisses fernzuhalten, was nicht unter die Rubrik Erbauung fällt. Es soll bei 5 oder 8 Sonn- oder Feiertagen erreicht werden, daß die festliche Stimmung festgehalten wird. Durch die Sportfeste wird aber mancher von der Kirche ferngehalten. Wir wollen eine frische Jugend erziehen, aber keine Gladiatoren.

Abg. Weismann (Soz.): Ich bin erfreut, daß meine Auffassung Verständnis findet. Aber warum sollen wir erst den Ausschuss beschreiben? Warum wollen wir nicht heute gleich über meinen Antrag abstimmen lassen? Ich würde es viel lieber sehen, wenn die jungen Leute einmal in die Reichsversammlung hineinschauen statt Fußball zu spielen. Aber wir müssen mit den Tatsachen rechnen. Gerade so wie viele Leute am Sonntag ein Konzert anhören, darf es anderen nicht verwehrt werden, zu einem Wettspiel zu gehen. Der Beschluß des Landtags stimmt nicht mit den Zeitinteressen überein. Man sollte deshalb das Verbot aufheben und meinem Antrag gleich zustimmen.

Ein Antrag Dr. Schofer (Str.), Dr. Glöckner (Dem.), Dr. Mayer-Karlruhe (D.R.) beantragt die Rückverweisung der Petition an den Ausschuss.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) schlägt ebenfalls Rückverweisung vor. — Abg. Dr. Schofer (Str.) begründet seinen Antrag auf Rückverweisung. Wenn die Jugend Lebenskernzeit zeigt, so macht dies mehr Eindruck, als wenn sie zeigt, daß sie sich an christlichen Feiertagen nicht macht. — Abg. Weismann (Soz.) zieht nunmehr seinen Antrag zu Gunsten einer nochmaligen Beratung im Ausschuss zurück.

Es wird einstimmig beschlossen, die Petition gegen das Verbot der Wettspiele an den höchsten Feiertagen, über die zuerst gemäß Beschluß der Ausschussmehrheit zur Tagesordnung übergegangen werden sollte, zur nochmaligen Behandlung an die Kommission zurückzuverweisen. Eine Petition des A. Herr in Hauenbach betr. Valutafisch und durch Viehbezug aus der Schweiz wird ebenfalls an die Kommission überwiesen. In gleichem Sinne wird ein Gesuch des A. Weber in Hauenbach um Staatsbeihilfe zur Dedung einer Valutafischuld besprochen.

Abg. Arnold (Soz.) berichtet über die Petition des Vereins süddeutscher Zeitungverleger Karlsruhe gegen die Beseitigung der verkehrsfeindlichen Sonderbesteuerung der Anzeigen.

Der Ausschuss beantragt empfehlende Neberrweisung in bestimmtem Sinne.

Abg. Wed (Soz.) weist auf die Notlage der Presse hin, wovon besonders die Parteipresse leidet. Infolge der mangelhaften Zeitungserlösnisse ist die Gefahr der Verkrüppelung der Zeitungen sehr groß. Wir haben alles Interesse zu verbinden, daß die Zeitungen von Großkapitalisten aufgekauft werden. Denn durch die Verkrüppelung werden die Zeitungen verdrängt, im Interesse des Volkes zu schreiben. Trotzdem man die schmerzlichen Kämpfe der Zeitungen kennt, ist man zu einer Sonderbesteuerung der Anzeigen — von 2 bis 10 % gehandelt steigend — übergegangen. Die Zeitungen verlangen deshalb die normale Umsatzsteuer. Wenn die 1% nicht ausreichen, kann man evtl. 1% oder 2% übergehen; aber die Sonderbesteuerung ist zu

Theater, Kunst und Wissenschaft

Casanova

Romische Oper in drei Akten von Artur Kusterer

Uraufführung am Landestheater in Stuttgart am 22. Mai

Das interessante an dieser Oper ist, wenn wir von der zweifelslosen Begabung des noch sehr jungen Karlsruher Komponisten Kusterer absehen, der Versuch, aus der „überromantizierten“ modernen Romischen Oper, die im Grunde nach den Stilprinzipien des Musikdramas gestaltet war, hinauszukommen und ihre den ihrem Wesen entsprechenden Stil zu geben. Da es hier nicht bloß auf die dramatische Situation, auf die großen Geste, sondern auch auf das Verständnis einer stofflich sich entwickelnden Handlung mit ihren physiologischen Kriestritten ankommt, so war für die älteren Meister die Verständlichkeit der Vorgänge erste Bedingung. Das Secco-Registrieren und der Dialog sorgten dafür; die Musik gab die Gefühle und Empfindungen der Handelnden in gesteigertem Ausdruck wieder. Kusterer ist, äußerlich, zur „Kammeroper“ zurückgekehrt und bedient sich des Dialogs. Das ist das Entscheidende in der Tat bei seiner Jugend schon gereizten Komponisten. Wenn der erste Kühne Entschluß nicht ganz gelang, so liegt das an der noch nicht genügend erreichten Selbständigkeit des Komponisten, der noch mehr Stillfächer als Stillfächer ist, wie vor allem am Textbuch, das in Bezug auf Entwicklung, Spannung, Situationskomik, äußere Handlung und Verständlichkeit so gut wie alle Wünsche offen läßt. Dazu kommt, daß der Dichter Casanova ein „betreffs“ und als junger Kavallerieoffizier zum Verkinber der reinen „Seelen“-Liebe gestempelt wird. Man müßte heimatlich rufen: Welch schöner Stoff ward hier zerstückelt! Oder ist dieser Stoff gar nicht mal so nettvoll? Ist das ganze Kolossalwerk nicht durch Mozarts überragende Kunst ein für alle mal für die Nachfolger ausgeschaltet? Deutsche Komponisten sollten den ihrem Wesen und ihrem Humor entsprechenden deutschen Stoff wählen. Und wird nun auch bald die Erfahrung lehren, daß der Komponist sich seinen Text selber zurechtzimmern soll, daß er das, wenn wirklich dramatisches Blut in ihm fließt, sicher besser machen würde, als die Literaten? Denn wenn ein bekannter und geschätzter Musikkritiker wie Anton Rudolph in Karlsruhe nichts anderes zustande bringt, als dies Buch, was soll man dann von den weniger Eingeweihten erwarten? Es erübrigt sich, den Inhalt der Oper zu erzählen, er ist nicht vorhanden; und das dürftige Stücklein Handlung, wonach Casanova die seit 2 Jahren ge-

suchte unbekannte Schöne als Gattin des Festungskommandanten, der ihn als Gefangenen zu bemerken hat, wiederfindet und entführt, hat nicht mehr Interesse als das Drama und Dram.

Der Komponist konnte unter diesen Umständen musikalische Entwicklung, Linie und Aufbau nicht erreichen. Auch kann man nicht in der Musik wichtig sein, wenn die Gelegenheit auf der Szene fehlt; ebenso ist es mit der Charakteristik. So sehr die Musik dieses Stoffes gegen den Dramatiker in Konkurrenz zu sprechen scheint, so sehr spricht es andererseits für ihn, daß er diese Partitur noch fertig brachte. Denn was nur ein Moment der inneren Spannung gegeben ist (in den Duetten zwischen Casanova und seiner Angebeteten) bekommt die Musik Linie und Atem. Die Chöre und Ensemblestücke zeigen von einem Können, das über das Externare aber raffiniert technische hinausgeht. Die Freude an der Melodie drückt überall hervor, und mehr als eine Stelle der Partitur weist wirklich schöne Musik auf. Wärme, Herz! Die Anlehnung an den Strahl des Rosenbadiers scheint mir von den verschiedenen anderen Beeinflussungen, die aus Sichtkreise. Die Instrumentierung ist trotz kleinerem Orchester immer noch etwas dick. Ob die gewählte ältere Form der Kammeroper mit modernem Ausdrucksmittel sich vereinigen läßt, das soll uns Kusterer beweisen. Er gehört zu den Verufenen, ohne Zweifel. Und ihm, seiner Musik, galt auch der, nach dem fast abgelehnten zweiten Akte erstaunlich lebhafter Erfolg, der Komponisten, Librettisten, Darsteller, Kapellmeister sehr oft vor der Kampe erscheinen ließ.

Die Aufführung war gut und kam dem Werke sehr zu staten. Albin Casanova hat als Spielleiter einer Uraufführung mit Glück seines Amtes gewaltet. Jeder stand an seinem Posten, auf der Bühne war Leben. Eine glänzende Leistung als Schauspieler und Sänger bot Fritz Soos in der Titelrolle; ihm fanden gesanglich ebenbürtig zur Seite Olga Brome. Alle anderen Rollen sind Epitome. Fritz Casanova, Lehmann, Eckhardt, Fackelbinder, Falkenstein, Dedekert lassen ihre Möglichkeiten. Irma Kiebel, Kühn und Elisabeth May geben als Nebenfiguren recht reizvolle Figuren. Die Chöre verdienen noch hervorgehoben zu werden; ebenso wie das Orchester seine Schuligkeit tat. Die Schwierigkeiten der Partitur sind nicht gering. Fritz Soos war der temperamentvolle Dirigent; wenn es „gilt“, ist er immer da. Oswald Kühn.

Badisches Landestheater

Die Wiederholung des „Fotillon von Jonjumeau“ am Freitag nahm mit zwei veränderten Vertretern von Soubrollet

einen vorzüglichen Verlauf. Irene Eden von Mannheim entzückte durch ihre hier bereits bekannten und bewährten Vorträge. Fritz Casanova als Bijou war von echtem, unwiderstehlich wirkendem Humor. Trotz der indisponierten badische schmelzte Franz Schwertl seinen Chapeau daher, daß es wieder eine wahre Freude war, und wozu ein duffiges Piano im zweiten Akt. Das Haus erschien ungewöhnlich gut besucht. Der Grund dafür ist wohl in den Tanzspielen zu suchen, die sich — darin gar nicht stilllos — der Oper anschließen. Frau Bourgeois aus Bremen stellte sich als Einüberin und in Sololängen den Karlsruhern vor und diese waren außerordentlich zufrieden mit ihr. Wir gehören nicht zur Kunst der Philologen, können also mit ruhigem Gewissen annehmen, daß Bourgeois etwas mit dem französischen Bourgeois zu tun hat, das deutsch ungefähr Knospe heißt. Nun, eine Knospe ist die Trägerin des gehaltvollen Namens nicht, wohl aber eine prächtig aufgegangene Blüte. Das soll natürlich nur heißen, daß sie unsern Balletgärten zu wachsthafter „Blüte“ bringen kann. Alle Anzeigen deuteten darauf. Wer seinen Körper so diszipliniert hat, wie die Balletmeisterin es bei der, obwohl von Saint-Saens, so doch recht guten, Solofolge „Der sterbende Schwan“ in lang anhaltendem Epikentanz zeigte, — wird auch Disziplin halten können. Ganz vorzüglich waren die Bilder, die die Mitglieder des Ballets, wie die Schillerinnen der Tanzschule hießen. Wie der anatomisch einleitende arabische Tanz zeigte, verriet es die selbstverständliche zu engagierende Künstlerin vorzüglich, durch besondere Schulung des Körpers, wirkliche Tanglinien herauszubilden, die sich von aller modernen Dämonerei äußerlich untercheiden und in dem „Munengeflüster“ besonders einträchtig wurden. Die schliefende Pantomime, an der sich auch Mitglieder des Gesangschores mit nicht genug zu lobendem Geschick beteiligten, zeigte die kommende Dame ebenfalls in trefflichem Licht. Die feine, verständnisvolle Leitung Georg Hofmanns unterstützte die vorzüglichen Darbietungen, die, wie schon erwähnt, einen an dieser Materie hier nicht gewohnten Beifall fanden. s. k.

„Kritik der Kritik“. Zu dieser Angelegenheit diene als Zeilenachtrag, daß der „Bad. Landeszeitung“ vor einigen Tagen eine durchaus sachlich gehaltene kurze Verichtigung übersandt wurde. Dessen Aufnahme ist bis heute noch nicht erfolgt. Wenn wir genötigt wären, die Verdinglichung des Herrn Schrift. Kraft, so wie gesehen, anzugreifen, dann mag er sich bei der zuständigen Redaktionsstelle der „Bad. Landeszeitung“ beurlauben. Hz.

bekämpfen. Ebenso müssen wir auch die verteuern wirkende jährliche Veranlagung bekämpfen und verlangen die im Besonderen vorgezeichnete jährliche Veranlagung. Das jetzige System trifft vor allem die kleinen Blätter. Aber auch das Nebengewerbe der Zeitungen wird schwer getroffen, das Buchdruckgewerbe wird bis zu 15% belastet. Wir bitten deshalb dringend um Befreiung der ungeraden steuerlichen Belastungen der Zeitungen.

Abg. Most (Str.) schließt sich dem Vorredner an. — Abg. Käßlin (Dem.) äußert sich in gleichem Sinne und weist angelegentlich auf die Notlage der Zeitungen auf die Gefahr des Aufkaufs von Zeitungen durch das Ausland hin. — Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Dr. Kraus (Soz.) bemerkt, daß hier eine nationale und Kulturfrage auf dem Spiele steht. Denn unsere Provinzpresse ist durch die Notlage in hohem Maße gefährdet. Wir in Deutschland waren bisher stets auf unsere unabhängige politische Presse der Provinz stolz. Diese ist jedoch gefährdet. Vor allem würden die hohen Papierpreise verheerend — vergleichen Sie aber damit die hohen Dividenden der Papierfabriken! Der wirkliche unmoralische Internationalismus ist, wie man hieraus ersieht, beim Großkapital zu Hause. All die großen Konzerne sind mit einander verbunden und bei allen politischen Fragen sieht man die Triebfedern heraus. Im Gegensatz zur Generalanzeiger-Presse eine gewisse politische Moral besteht. Die größte Gefahr liegt jedoch bei den Korrespondenzen; es ist ferner gekommen, daß zwei große Korrespondenzen um die Nacht in der deutschen Berichterstattung kämpfen. Es wird fast unmöglich über Kammerverhandlungen in Paris und London einen unparteiischen, nicht imperialistischen, Bericht zu bekommen, in dem wichtige Stellen nicht unterschlagen sind. Die Presse wird so immer mehr der Macht gewisser Interessentengruppen, was eine große Gefahr darstellt. Ich möchte daher dringend eine Revision dieser Steuerbestimmungen wünschen.

Der Antrag auf empfehlende Ueberweisung in bestimmtem Sinne wird angenommen.

Der Präsident wird den Termin der nächsten Sitzung bestimmen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Erster badischer Mietertag

Am Samstag und am Sonntag hielten in Karlsruhe die dem Landesverband der bad. Mietervereine angegliederten Körperschaften ihren ersten bad. Mietertag ab. Am Samstag versammelte man sich im Tiergartenrestaurant zu einer geschlossenen Vertreterversammlung, die über geschäftliche und organisatorische Angelegenheiten bericht.

Am Sonntag fand unter dem Vorsitz des Landesvorstandes K. Kamm-Mannheim die Hauptversammlung statt. Sie war von 55 Vertretern besucht, die von 32 Vereinen abgeordnet waren. Man beschloß, die Mietungsfrage im Einvernehmen mit dem deutschen Mieterbunde zu regeln. Den Verbandmitgliedern soll durch ein Rundschreiben die empfehlenswerten Literatur in der Mietfrage mitgeteilt werden. Dann hielt Amtmann Dr. Sauter-Freiburg einen Vortrag über „Die Mietinsubordination und den Mieterjahm im Rahmen des Reichsmietengesetzes“. Der Redner führte aus: In der badischen Verordnung über die Mietfragen und im Entwurf des Reichsmietengesetzes wird bei der Festsetzung der Miete von der Friedensmiete ausgegangen. Die Miete darf nur erhöht werden, insofern außerordentliche Umstände vorliegen, die für die Erhaltung der öffentlichen Abgaben und Instandsetzungen. Bei den öffentlichen Abgaben muß unterschieden werden zwischen Steuern und Gebühren der Städte (Kanal-, Wasser- und Müllabfuhrgebühren). Bei den öffentlichen Abgaben wird ein Mehraufwand schwer festzustellen sein, denn die Geldgeber sind vielfach froh, wenn sie ihre Kapitalien anlegen können und verlangen deshalb eine geringere Verzinsung. Für die Instandsetzung darf nur eine gewisse Tilgungsumme im Jahre angelegt werden. Im Reichsmietengesetz ist ein Unterschied gemacht zwischen den laufenden und den anderen Instandsetzungsarbeiten, als laufende Instandsetzungsarbeiten sind die kleineren angesehen. Der Redner ging weiter auf Einzelheiten aus dem Reichsmietengesetz ein. In der Aussprache wandte sich Dietrich-Wortheim gegen die freie Wirtschaft im Wohnungswesen. Gewerbetreibender Sittlinger-Freiburg schlug eine Entschärfung vor, nach der die Gemeinde der Träger des Wohnungswesens sein soll. Damit erhalte die Gemeinde die Verpflichtung, die Wohnungsgenossenschaften seien zu verwerfen. Stadtrat Dr. Kullmann-Karlsruhe forderte, daß der Hausbesitzer die Ertragssteuer nicht auf den Mieterwälzen dürfe. A. Hele-Karlsruhe erklärte, der Karlsruher Mieterverein habe erreicht, daß der Karlsruher Stadtrat den 2. Teil des sog. Karlsruher Mietvertrags nicht angenommen habe. A. G. L.-Offenburg forderte anstelle des bad. Erwerbsgesetzes ein Reichsperregesetz. Steinbrunn-Durlach bezweifelte, daß eine Wohnungszugsteuer das Erbringen würde, was zum Bauen notwendig sei. Wagner-Kastatt verlangte eine Erhöhung der Wertzuwachssteuer auf 30%, und forderte eine eifrigere Benutzung der Presse durch die Freunde der Mieterbewegung. Werner-Lörrach kritisierte die Zustände am Mietereingangsamt in Lörrach.

Ueber „Die Geldbeschaffung zur Neubaulätigkeit“ sprach der Landesvorstand K. Kamm-Mannheim. Der Redner kam dabei zu dem Schlusse, daß die Lösung der Frage der Geldbeschaffung nur gefunden werden darf durch die Wohnungsgenossenschaft. Jeder einzelne müsse interessiert werden an der Neubaulätigkeit. Dem Vortrage folgte eine eingehende Aussprache, bei der die Annahme folgender Resolution folgte: „Der badische Mietertag erwidert im neuesten Entwurf des Reichsmietengesetzes keine annehmbare Regelung der Mietinsubordination. Die gesetzliche Miete soll unabhängig von dem Willen der Parteien gelten. Das System prozentualer Zuschläge zur Friedensmiete ist abzulehnen. Die tatsächliche Höhe der Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten soll allein noch maßgebend sein. Der Ertrag des Mehraufwandes für Instandsetzungsarbeiten hat aufgrund eines Tilgungsplanes zu erfolgen. Kleinere Anwendungen sind in einem kürzeren, größere in einem längeren Zeitraum zu tätigen unter Berücksichtigung der Zeit, in der voraussichtlich die Erneuerung des Aufwandes nötig wird. Eine Abwälzung der Steuern und Umlagen auf die Mieter ist mit den Grundbesitzern der Feuerlichen Gerechtigkeit unvereinbar. Soweit diese Lasten zu hoch erscheinen, wären sie auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Gelangt das Aufhandkommen eines den Mieterinteressen gerecht werdendes Reichsmietengesetzes, so soll weder bei Reichs- noch bei Länder die gesetzliche Grundlage zu Ungunsten der Mieter ändern können. Der Mietervertretung ist ein bestimmter Einfluß auf die Hausverwaltung und die Mietinsubordination einzuräumen. Neben dem Mietinsubordinationsgesetz ist eine nach gemeinwirtschaftlichen Grundlagen gestellte gesetzliche Regelung des Wohnungswesens unentbehrlich.“

Hierauf wurde die Tagung geschlossen.

Die Milchversorgung in Baden unter spezieller Berücksichtigung von Karlsruhe

Von Stadtrat H. Jung-Karlsruhe

Die Frage der Milchversorgung, die neben der Wohnungsfrage zur brennendsten Tagesfrage geworden ist, wird in letzter Zeit hauptsächlich in bürgerlichen Zeitungen mehr oder weniger einseitig diskutiert. Leider sind auch in den Kreisen der organisierten Arbeiter- und Beamtenchaft Stimmen laut geworden, die sich für die vollständige Aufhebung der Bewirtschaftung der Milch einsetzen, jedoch wie ich weiß, nur aus vollständiger Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse, oder weil sie ihre Informationen von karlsruher Milchhändlern empfangen haben. Davon zeugen auch die in letzter Zeit hauptsächlich im „Karlsruher Tagblatt“, „Residenzanzeiger“ und „Badischen Presse“ erschienenen Artikel, die von dem Landesvorstehenden der Milchhändlergenossenschaft Badens inspiriert sind.

Wie war es nun z. B. bei der Freigabe der Fleischbewirtschaftung? Wohl war von dem Zeitpunkt der Freigabe ab in jedem Geschäft Fleisch und Wurst in beliebiger Menge zu haben. Aber die für das Proletariat sehr wichtige Preisgestaltung wird dabei außer acht gelassen. In der freien Bewirtschaftung kann ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung, auf Grund des guten Einkommens, Fleisch und Wurst in jedem beliebigen Quantum kaufen, aber der Winderbeimittelte kann infolge des hohen Preises sich nicht ein größeres Quantum leisten wie bei der Zwangsverwirtschaftung. Während jedoch das Fleisch in der Zwangsverwirtschaftung pro Pfund ungefähr 3,50 M kostete (sogenanntes Hausfleisch) war überall für 6 M und höher zu haben, schnellste der Preis mit der Freigabe der Bewirtschaftung für Rindfleisch auf 15 M bis 16 M, für Schweinefleisch auf 21 M bis 23 M in die Höhe. — Ähnliches haben wir mit der Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung erlebt.

Wie einschneidend und vor allen Dingen viel furchtbarer wird sich die vollständige Freigabe in der Milchwirtschaft gestalten. Es ist eine Illusion, wenn man annimmt, daß durch die Freigabe nennenswerte Mengen von Milch aufgebracht werden können. Im dies bemerksamen zu können, wäre vor allen Dingen notwendig, daß zunächst der Viehbestand bedeutend erhöht und demzufolge die Anbaufläche für Futtermittel bedeutend erweitert werden müßte. Beides ist zur Zeit direkt unmöglich. Außerdem fehlen uns die Kraftfuttermittel. Die Statistik von Deutschland zeigt uns, daß wir den Viehbestand von Friedenszeiten noch lange nicht erreicht haben. Gegen den Stand von 1914 fehlen uns in Baden noch 33 827 Stück Jungvieh und 51 381 Milchfühe. Wollte man nun annehmen, daß seit dem 1. Dezember 1920 bis zu dem heutigen Standpunkt die Friedensstärke erreicht wäre, so muß man doch berücksichtigen, daß die Mähe auf Grund der herberenden Seuchen lange nicht mehr so milderartig ist, als in Friedenszeiten. Schätze man doch in Friedenszeiten im Durchschnitt pro Kuh und Tag 8-10 Liter, während sich heute nach sachmännischen Urteilen der Durchschnitt nur auf 4-5 Liter stellt. Und trotzdem konnte damals Baden nicht die notwendigen Milchmengen selbst erzeugen. Es wurden in Friedenszeiten nach Baden schätzungsweise eingeführt: aus der Pfalz 70-80 000, aus Elsaß-Lothringen 20 bis 30 000, aus der Schweiz 40-50 000, aus Württemberg 50 bis 70 000 und aus Hessen 20-30 000 Liter (für diese Zahlen kann ich jedoch keine Garantie übernehmen, da ich dieselben nur durch Umfragen erfahren konnte, aber alle besagten Fachleute waren der Meinung, daß diese Zahlen noch sehr niedrig gehalten wären).

Nach Karlsruhe wurden ebenfalls schätzungsweise eingeführt von der Pfalz 5-8000, von der Schweiz 500, aus Württemberg 7-8000, aus Elsaß-Lothringen ungefähr 1000 Liter. In eine Einfuhr aus Elsaß-Lothringen ist überhaupt nicht mehr und an eine solche von der Pfalz in absehbarer Zeit (mindestens 15 Jahre) nicht zu denken. Aus der Schweiz kann nur in ganz beschränktem Maße auf Grund unserer Geldentwertung Milch (Boll- oder Magermilch) bezogen werden. Die Erzeugung der Produktion innerhalb Badens kann also nur eine sehr beschränkte sein, wenn man weiter beachtet, daß viele Gemeinden am Rhein durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen viele Wiesen und Ackergeräde verloren haben.

Durch die neue Reichsverordnung vom 30. April 20, wonach es keine Höchstpreise mehr gibt, wird die Milchversorgung der großen Städte direkt unhaltbar werden; weil dann nur noch die besser situierten Leute sich mit der notwendigen Milch einkaufen können. Die Milchversorgung soll durch diesen Erlaß auf andere Füße gestellt werden. Anstatt der Zwangsverwirtschaftung sollen die Verbraucher und Empfänger Gemeinden in ein freies Vertragsverhältnis zu einander treten. Ich befürchte, daß wir bald von einem schrecklichen Milchüberfluß reden können. Aber nur deshalb, weil den ärmeren oder minderreichen Familien es eben nicht möglich ist, sich mit der notwendigen Milch für ihre Kinder einzudecken. Andere dagegen, die über ein größeres Portemonnaie verfügen, werden ähnlich wie beim Fleisch, sich jedes beliebige Quantum Milch kaufen können. Ich befürchte ferner, daß bis zum Spätjahr der Milchpreis auf 4-5 M steigen wird.

Beachtet man weiter, daß in Friedenszeiten in Karlsruhe auf den Kopf und pro Jahr 156,8 Liter konsumiert wurden, also ungefähr 1/2 Liter auf den Kopf und Tag und nimmt man unseren heutigen Stand der Bevölkerung, der am 31. Dezember 1920 138 170 war, so müßten wir täglich eine Milchmenge von 69 000 Liter zur Verteilung haben, um einen halben Liter pro Kopf verteilen zu können. Wir haben jedoch auf Grund der letzten (und nicht schlechtesten) Verteilung täglich ca. 21 000 Liter zu verteilen. Nach unserem heutigen Verteilungsmodus haben wir in Karlsruhe rund 5000 Kinder im 1.-2. Lebensjahr mit 1 Liter = 5000 Liter, rund 2500 Kinder im 3.-4. Lebensjahr mit 1/2 Liter = 1250 Liter, rund 4000 Kinder im 5.-6. Lebensjahr mit 1/3 Liter = 1333 Liter, rund 1000 werdende Mütter vom 7. Monat ab mit 1/3 Liter = 750 Liter, 70 Mütter mit Fehlgeburten mit 1 Liter = 70 Liter, 10 000 Krankenmilchbezieher mit durchschnittlich 1/2 Liter = 5000 Liter (diese Zahl dürfte jedoch zu niedrig sein), 20 000 Kinder vom 7.-14. Lebensjahr mit 1/4 Liter = 5000 Liter, 4700 Personen über 70 Jahre mit 1/4 Liter = 1150 Liter, das wären also insgesamt ungefähr 47 370 Liter Milchbezieher mit rund 20 870 Liter. Legt man nun eine Bevölkerungszahl von nur 138 000 in Karlsruhe zu Grunde und zieht davon die 47 370 Milchbezieher ab, so bleiben uns noch 90 630 nicht milchbezugsberechtigte Personen übrig. Um diese pro Kopf mit 1/4 Liter beliefern zu können, wäre eine weitere Menge von 22 655 Liter nötig. Diese Milchmengenbezugsberechtigten werden mit Magermilch (Schweizer und Inlandmagermilch gemischt) je nach dem Vorhandensein dieser Milch versorgt. Die tägliche Anlieferung aus der Schweiz und vom Inland schwankt zwischen 1600 und 2000 Liter, so daß also

ein Bezirk im günstigsten Falle alle 6-8 Tage zur Belieferung kommen kann.

Nach all dem möchte ich doch den Artikelschreibern in den bürgerlichen Zeitungen ersuchen, mir irgend eine Möglichkeit zu zeigen, wie durch die Freigabe der Milchbewirtschaftung mehr Milch in die Stadt hereinkommen soll. Alle Kenner unserer badischen Verhältnisse und auch alle Fachleute in ganz Deutschland, die fast ausschließlich auf dem Boden der freien Bewirtschaftung stehen, bekennen jedoch am Schlusse ihrer Betrachtungen, die wir fast täglich in den Fachzeitschriften zu lesen bekommen, daß sie die Verantwortung für die Freigabe der Milch nicht übernehmen können. (Schluß folgt.)

9. ordentl. Generalversammlung der landw. Kreditverbandsskaffe e. G. m. b. H. zu Freiburg

Die 9. ordentliche Generalversammlung der landwirtschaftlichen Kreditverbandsskaffe fand in der Festhalle in Karlsruhe statt. Der Vorsitzende Geheimrat S. A. d. e. r. erläuterte den Geschäftsbericht des Vorstandes und gab eine Uebersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse. Es machte oft große Mühe, die zufließenden Geldmittel sicher unterzubringen, auf die verlockenden hohen Zinssätze durfte man sich nicht einlassen. Der Umsatz stieg im Jahr 1920 infolge der Geldflut auf 514 788 000 Mark gegen 278 Millionen im Vorjahre; er hat sich sonach beinahe verdoppelt. Die täglichen Durchschnittseinnahmen betragen 221 176 M, die Abhebungen 71 533 M. Viel Geld wandert in geheime Käser und wird der Allgemeinheit und dem Staate entzogen. Der Vorstand bittet daher alle Mitglieder, ihr Geld der Kreditkaffe zu überweisen, keine Käse darf sie zurückweisen. Die aus der Landwirtschaft gewonnenen Gelder müssen der Landwirtschaft erhalten bleiben. Man bemerkt sich heute um das Geld aus ländlichen Kreisen, aber noch nie haben die Banken den Bauern in den Zeiten der Not geholfen. Redner erläuterte nun die Jahresrechnung der Skaffe. Der Reservefond beträgt 65 171 M, der Betriebsfond 50 000 M, der Unterhaltungsfond 49 000 M. Die Geschäftsanteile der Genossen stiegen von 247 550 M auf 679 000 M. Der Gewinn beträgt 345 941 M. Aus diesem werden auf die Geschäftsanteile 5 Prozent verteilt und der Rest hauptsächlich zur Stärkung verschiedener Fonds verwendet, wodurch diese auf eine Gesamthöhe von rund 600 000 M gebracht werden. Die Mitgliederzahl stieg von 432 auf 447, die Geschäftsanteile von 459 auf 1358, die Kasssumme von 2,4 Millionen auf 6 790 000 M. Die Skaffe verfügt über ein eigenes Vermögen von 1 296 750 M. Der Ausschluß ist ein befriedigender. Die Landwirtschaft ist auf eigene Füße angewiesen, vom Staat haben wir keine Hilfe zu erwarten. Mit gemeinsamer Hilfe wird es gelingen, das niedergebrochene Vaterland wieder aufzubauen. Jahresrechnung, Bilanz und Gewinnverteilung wurden genehmigt und dem Vorstand und Kassier Entlassung erteilt. — In den Vorstand bezugl. Aufsichtsrat wurden einstimmig Stadtrat Weber-Freiburg bezw. Morgenstern-Karlsruhe wiedergewählt. Die Anlehnungsgrenze wurde auf 150 Millionen, die Höchstfremdgewährung an einen Verein entsprechend erhöht nach neuen Richtlinien, wonach ein Leberkredit gewährt werden kann, wenn die nötigen Sicherheitsgarantien vorhanden sind. Die Richtlinien wurden genehmigt. Mit der Aufforderung zum Zusammenhalten und treue Arbeit schloß der Vorsitzende die gut besuchte Generalversammlung.

Aus der Partei

Kreisversammlung des sechsten badischen Landtagswahlkreises

Am Sonntag vormittag fand in Mannheim eine gut besuchte Wahlkreisversammlung des 6. Landtagswahlkreises statt.

Zum Geschäftsbereich gab Kr. m. r. einleitend einen Uebersicht über die politische Lage. Das Vorwärtstreiten unserer Partei, trotz aller Anfeindungen von links, konnte festgehalten werden. Die Linke hat ihre Position, die sie bei der Reichstagswahl eroberte, nicht halten können. Von der damaligen Höhe sind die Linksparteien schnell wieder heruntergerückt. Die USK hat es abgesehen, mit der SPD. zusammenzuarbeiten. Wir werden unsere altbewährte Taktik und Politik weiter vertreten und mit allen Mitteln dafür arbeiten, daß unsere Forderungen durchgesetzt werden. Auch in der jetzigen Regierung werden unsere Vertreter alles daran setzen, sozialdemokratische Forderungen zu verwirklichen. Allerdings müßte auch von den Genossen das nötige Verständnis für die schwierigen Aufgaben der in der Regierung sitzenden Genossen gezeigt werden. Der Sekretär geht dann auf die Agitation und Werbearbeit, die in der nächsten Zeit einsetzen muß, näher ein und bespricht auftauchende Mängel in der Organisation. Persönliche Forderungen sollten aus den Versammlungen verschwinden. In der Frauenbewegung müßte bessere Arbeit geleistet werden. Auch die Jugendbewegung muß forciert werden. — Die Landtagswahlen erfordern große Anstrengungen unserer Partei, und dazu gehören aber auch Mittel.

Gen. Strobel: Mit dem Ergebnis des Geschäftsberichts in unserem Kreise können wir zufrieden sein. Die Schlagkraft des Proletariats ist geschwächt durch die Zersplitterung der Arbeiterkassen. Die Gleichgültigkeit innerhalb der Arbeiterkassen muß beseitigt werden. Bei den Genossen links von uns scheint ja jetzt so allmählich die Vernunft zur Geltung zu kommen. Die praktische Mitarbeit der USK. jeble aber bis jetzt.

Gen. Drehschütz gibt den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend: 120 Genossen bzw. Genossinnen, darunter 1 Reichstagsabgeordneter, 5 Landtagsabgeordnete, darunter Genoss: Minister Adam Kemmle, 1 Parteisekretär, 3 Redakteure, 1 Vertreter der Geschäftsleitung der „Kasssumme“, 3 vom Bezirksvorstand, 4 vom Kreisvorstand, 16 Juchstillemandatshaltende, 85 Delegierte.

Es wird hierauf die Frage der Landtagswahl-Kandidaten besprochen. Der Partei-Kreisvorsitzende hat eine Kandidatenliste aufgestellt und bittet um unterbreitete Annahme.

Es folgt eine lebhafte Aussprache über die vom Ausschuss vorgelegene Kandidatenliste. Trotz mancher Einwände wurde schließlich der Vorschlag des Kreisvorsitzenden gegen eine Stimme angenommen.

Weingarten, 23. Mai. Sozialdem. Verein. Donnerstag, 26. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Röhlle“ eine Parteiversammlung statt. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

MAGGI Würze ist altbewährt!

In großen mit Originalverschluss versehenen Flaschen Nr. 6 besonders vorteilhaft. Sie können daraus Ihr kleines MAGGI-Fläschchen selbst wieder füllen. Man achte darauf, daß der Plombenverschluss unversehrt ist.

4428
4428

Herr ...
 Wert auf ...
 heute ...
 mögt ...
 gegen ...
 sanft ...
 habe ...
 Unter ...
 ist, ...
 heute ...
 gegen ...
 gegen ...
 Der ...
 hat, ...
 behaupt ...
 über ...
 über ...
 Rom ...
 des ...
 Zeit ...
 daß ...
 nach ...
 nahmen ...
 ausgaben ...
 verweist ...
 eine ...
 Die ...
 notwendig ...
 Durch ...
 die ...
 erzielt ...
 hand ...
 Bremer ...
 laus ...
 Um ...
 sehr ...
 schritten ...
 wiesen ...
 nach ...
 regul ...
 noch ...
 insge ...
 Wohn ...
 Wein ...
 Anträge ...
 Hoff ...
 mögliche ...
 Auch ...
 mer ...
 ein ...
 Aus ...
 5 in ...
 wegen ...
 der ...
 etwa ...
 Hilfe ...
 Erbe ...
 Mehrere ...
 Der ...
 mens ...
 Die ...
 folgen ...
 werden ...
 ist ...
 wieder ...
 Jahres ...
 denn ...
 Reute ...
 25. ...
 in ...
 Garr ...
 Lou ...
 26. ...
 in ...
 zur ...
 publik ...
 Die ...
 von ...
 Berl ...
 und ...
 Ge ...
 Die ...
 Jop ...
 Len ...
 Die ...
 Als ...
 und ...
 Die ...
 Beh ...
 An ...
 An ...
 Heute ...
 Wir ...
 hoff ...
 Nord ...
 Bezirk ...
 sam ...
 Löwen ...
 Verein ...
 Lager ...
 soll ...
 Abn ...
 Nicht ...
 der ...
 sch ...
 aff ...
 tat ...
 leben ...
 dem ...
 Der ...
 halb ...
 gek ...
 lichte ...
 lichen ...

Aus dem Lande

Kindermann-Rödel

Herr Hermann Kindermann in Durlach, von dessen Verabredungsprozess mit Herr Rödel in Wahl wir in unserer Nummer 114 vom letzten Donnerstag berichteten, legt Wert auf die öffentliche Feststellung, daß er nicht „früherer Gemeinderat von Durlach“ ist, sondern daß er dieses Amt noch heute bekleidet und den Gemeinderatsitzungen „regelmäßig beiwohnt“. Des Weiteren war der „infrimierte“ Artikel 8.3 gegen R. nicht in der „Noten Rahne“, sondern in der (zwischen fast entlassenen) „Sozialistischen Republik“ erschienen; auch habe er (Kindermann) in seinem „Offenen Brief“ nicht von „Unterschlagung von Kirchengut“ gesprochen, sondern nur behauptet, Herr R. habe „ohne Wissen des Stiftungsrates verschiedene Paramenten veräußert“. Endlich habe nicht Landtagsabg. Dr. Kraus gegen Kindermann, sondern umgekehrt Kindermann gegen Dr. Kraus eine Verleumdung angestreift.

Der Bericht, an dem Herr Kindermann so viel auszusetzen hat, ging uns von einem Korrespondenzbüro zu; wir können nicht behaupten, daß dieser Bericht sich durch eine sonderliche Sorgfalt oder Zuverlässigkeit auszeichnet.

Vom Badischen Gastwirtverband. Aus den Verhandlungen des 36. Verbandstages des Badischen Gastwirtverbandes unter Leitung des Verbandsvorstandes Knopp ist hervorzuheben, daß nach dem vorgelegten Geschäftsbericht die Gesamteinnahmen des Verbandes auf rund 155 000 M. und die Gesamtausgaben auf rund 149 000 M. stellten. Der Geschäftsbericht verweist auf die Notwendigkeit, daß auch das Wirtschaftsgewerbe eine festgesetzte Abwehr- und Kampforganisation schaffen müsse. Die Gewinnung der noch fernstehenden Kollegen sei unbedingt notwendig, genau wie die Schaffung einer Zentralorganisation. Durch die teilweise Aufhebung der Zwangsvereine, durch die Regelung der Wein- und Bierpreisfrage sei ein gewisser Erfolg erzielt worden. In der Aussprache über den Bericht des Verbandesekretärs Döhrig wurde lebhaft dagegen protestiert, daß die Brauereien neben den Bierkaufpreisen auch die Bierverkaufspreise festsetzen wollen. Dagegen müsse man sich unter allen Umständen wehren durch Schaffung einer Verbandsbrauerei. Sehr energische Worte fielen auch gegen die neuen Steuerbestimmungen. Der Vorsitzende Knopp und der Ehrenpräsident Ficht weisen nachdrücklich darauf hin, daß das Wirtschaftsgewerbe den regulären Steuern für Haus-, Grundbesitz und Einkommen noch insgesamt etwa 4 Milliarden an Zinsen, Umlagen und Verbrauchsteuer, etwa 1/2 Milliarde Biersteuer, 500 Millionen Wein- und Branntweinsteuer usw. aufzubringen habe. In einem Antrag sprachen sich die Verammelten für die Bildung einer Wirtschaftskammer aus sowie für geeignete Schritte betr. gleichmäßige Regelung der Berechtigung zum Branntweineinschlag. Auch soll dafür eingetreten werden, daß auch dem Gastwirtsgewerbe den Biervereinen bei den unterstellten Bezirksämtern ein Einspruchsrecht dagegen eingeräumt wird.

Aus dem Kinsigtal, 24. Mai. Mitglieder eines Vereins aus Singlingen gerieten im Barocksaal der Station Hieberach wegen der Mühsucht in Meinungsverschiedenheiten, die zu einer Messerei ausarteten, wobei auch das Messer eine Rolle spielte. Eine 12 Personen wurden hierbei verletzt und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Überbach, 23. Mai. Schon wieder ein Opfer des Badens. Mehrere Leute badeten am Samstag nachm. im Neckar. Der 18jährige Schlosser Ferd. Siebenhaar, der des Schwimmens nicht kundig ist, geriet an eine tiefe Stelle und verankerte. Die Bemühungen seiner Kameraden, ihn zu retten, blieben erfolglos. Nach einer Stunde konnte die Leiche an Land gebracht werden. Alle Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. Dies ist wiederum eine eindringliche Mahnung, jetzt in der schönen Jahreszeit beim Baden doch äußerste Vorsicht walten zu lassen, denn die Gefahren sind in der Tat größer, als sich die meisten Leute vorstellen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 25. Mai.

Geschichtskalender

25. Mai. 1681 * Der spanische Dichter Calderon de la Barca in Madrid. — 1871 † Der Kommunistenführer Delescluse auf der Barrikade in Paris. — 1896 Internationaler Bergarbeiterkongress in Aachen.

26. Mai. 1836 * Rouget de Lisle, Komponist der Marseillaise, in Paris. — 1875 Vereinigung der Sozialisten und Sozialisten zur Sozialdemokratischen Partei. — 1918 Proklamierung der Republik Georgien.

Frühlingsbetrachtung

Die Spätlein sind jetzt ausgebrütet; Von ihren Eltern treu behütet. Verlassen sie nun unser Haus Und fliegen schon nach Richtung aus. Geschwähig schillern laßt die Mutter Die junge Brut herbei zum Futter, Stopp! selbst manch wohlgeglückten Fund Den Augen kleben in den Schlund. Die regen zitternd ihre Schwingen, Als ob vor Hunger sie vergingen, Und wer den Mund an weitsten macht, Wird mit dem größten Stück bedacht. — Du mußt dich Schaulustig auf den Gassen Scherzt in eine Regel fassen —: Laß dir die List der Vögelin Am Tafelkamp zum Vorbild sein!

Ferdinand Madlinger

Karlsruher Parteinachrichten

Heute abend 1/8 Uhr Hauptversammlung des Sozialdem. Vereins.

Wir verweisen nochmals auf die heute abend im „Elefanten“ stattfindende Hauptversammlung. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich.

Bezirk Müppurr. Heute abend 8 Uhr wichtige Bezirksversammlung. Kein Genosse darf fehlen. Lokal: „Zähringer Löwen“.

Verein Arbeiter-Jugend. Morgen Donnerstag, 26. Mai, Lagerstour in das Moosbühl. Treffpunkt halb 6 Uhr am „Zähringer Löwen“. Abmarsch 6 Uhr.

Wer ist ein Sozialdemokrat?

Nicht jeder, der sich so nennt, sondern nur derjenige, der am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft tatkräftig Anteil nimmt und sein eigenes Privatleben dem höheren gesellschaftlichen Zwecke widmet. Der Kampf um die politische Macht kostet Geld. Deshalb muß jeder, der sich Sozialdemokrat nennt, jeder aufklärte Mann und jede denkende Frau der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied angehören und regelmäßig

ihren Mitgliedsbeitrag zum Sozialdemokratischen Verein zahlen, so daß bei Wahlen die nötigen Mittel vorhanden sind.

Jeder Sozialdemokrat weiß den Wert der Arbeit zu schätzen und will auch seine eigene Arbeit geschätzt und entlohnt sehen. Deshalb müssen alle erwerbstätigen Männer und Frauen, Arbeiter, Angestellte und Beamte ihrer Gewerkschaft angehören.

Schieber, Wucherer und Schleichhändler bekämpft der wirkliche Sozialist nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat, indem er dem Konsumverein angehört und dadurch die Sozialisierung praktisch fördern hilft.

Will der Sozialdemokrat für sich oder seine Kinder eine Versicherung eingehen, dann wendet er sich nicht an eines der vielen kapitalistischen Versicherungsunternehmen, sondern an die Volksfürsorge, das gewerkschaftlich-gesellschaftliche Unternehmen für Versicherungen der verschiedensten Art.

Und will ein Arbeiter oder Sozialdemokrat, ob jung oder alt, Sport betreiben, so schließt er sich nur einem zielbewußten Arbeiter-Sportverein an. Er befindet sich dort unter feinesgleichen und dient dem Sozialismus. Er darf nicht in bürgerliche Klubbvereine eintreten.

Auch Sangesfreunde müssen das Bestreben empfinden, in Arbeiter-Gesangvereinen das freie Lied pflegen zu können, das Lied der Zukunft.

Eine der vornehmsten Aufgaben eines Sozialdemokraten muß es aber sein, seine Kinder in sozialistischem Sinne zu erziehen, sie nach der Schulentlassung dem Verein Arbeiter-Jugend zuzuführen, denn „wer die Jugend hat, dem gehört die Zukunft“.

Vor allen Dingen aber liebt und bezahlt ein wirklicher Sozialdemokrat nicht die kapitalistischen Zeitungen, nicht die General-Anzeiger-Bresse, sondern sein eigenes Parteiblatt, den „Volksfreund“. Kein aufklärter Arbeiter sollte ein kapitalistisches Blättchen in seiner Wohnung dulden. Wer aus einer solchen Zeitung sein „Wissen“ schöpft, ist ein bedauerlicher Tropf, aber kein Sozialdemokrat.

Der Sozialismus läßt sich nicht durch starke Worte und scharfe Resolutionen verwirklichen, sondern nur durch zielbewußtes Streben und eifrigen Aufbau, an dem die Massen auf allen Gebieten tätig sein müssen. Wer nach diesem Grundsatze lebt, der verdient den Ehrennamen Parteigenosse.

Protestversammlung gegen die Einteilung von Karlsruhe in Ortsklasse B

Zum Erdrücken voll war die Protestversammlung der Staats- und Gemeindebeamten und Arbeiter, die gestern abend im Friedrichshof stattfand. Der Saal konnte die Besucher nicht fassen, auf den Treppen und sogar im Garten hatten dieselben Platz genommen. Hoffentlich geht dieser außergewöhnlich starke Besuch den maßgebenden Instanzen, daß die Gemeinde- und Staatsbeamten und Arbeiter sich die ungedachte Behandlung von Karlsruhe in der Ortsklasseneinteilung nicht gefallen lassen, sondern sich energisch zur Wehr setzen.

Das Referat hielt Herr Postsekretär Hansbach. In würdevollen Worten erläuterte der Redner die Trennungsvorfälle Karlsruhe unter besonderer Berücksichtigung von Karlsruhe, was in den letzten Lebensmittelpreisen und ebensolchen Mietpreisen zum Ausdruck kam. Alle diese Umstände sprächen für die Einteilung Karlsruhe in die Ortsklasse A. Wenn Städte mit über 100 000 Einwohnern, so München und Stuttgart, aus politischen Gründen in die Ortsklasse A berufen wurden, so dürfe Karlsruhe nicht aus diesem Grunde schlechter gestellt werden.

Redner richtete zum Schluß die Forderung an die Regierung, in Berlin energisch für Karlsruhe einzutreten und appellierte an die Volksvertreter, die Beamten in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Die Aussprache gestaltete sich lebhaft, insbesondere wurde der badischen Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie nicht energisch genug aufgetreten sei. Der Vertreter des Finanzministeriums, Geh. Rat Zimmermann, versicherte, daß die badische Regierung seine Schuld trüge und daß sie an der Forderung festhalte, daß Karlsruhe in die Ortsklasse A komme.

Zum Schluß gelangte einmütig eine Entschließung zu Annahme, in der es heißt: man sei empört über die unglaubliche Verleumdung der wirtschaftlichen und politischen Lage der badischen Landeshauptstadt durch die Reichsregierung und fordere die Zurücksetzung von Karlsruhe hauptsächlich einer mangelhaften Vertretung der berechtigten Forderung auf Einteilung in A durch die maßgebenden badischen Regierungsstellen zu, gegen die sich in erster Linie die Erörterung wende. Im Interesse des Vertrauens zur Regierung auf gerechte Behandlung werde erwartet, daß die Eingruppierung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse A alsbald nachgeholt wird.

Ausnahmetarife für Obfischengen

Das Vorortamt Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der „Afa“ hat an das Reichsversicherungsamt in der Frage der billigen Ausnahmetarife für Obfischengen eine Eingabe gerichtet und an folgende Stellen Abschrift dieser Eingabe gelangen lassen: an das Reichsversicherungsamt, den Verband der Städteordnung interessierten Städte sowie an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin. In der Eingabe werden in Anbetracht dessen, daß infolge der enormen Erhöhung der Güllertarife das Obst so verteuert wird, daß die große Masse der arbeitenden Bevölkerung überhaupt nicht mehr in der Lage sein wird, Obst zu kaufen, dringend billige Ausnahmetarife für Obfischengen gefordert. Es wird darauf hingewiesen, daß im Jahre 1914 30 Zentner Obst von Württemberg nach Berlin 88 M. kosteten, und die Mühsendung der leeren Körbe 43,50 M., jetzt aber 30 Zentner Obst von Württemberg nach Berlin 2050 M., und die Mühsendung der Körbe 1140 M. beträgt. Das ist eine Verleumdung von über 2300 Prozent. Die Folge werde sein, daß das Kernobst (Äpfel, Zwetschen usw.) von den Produzenten zu 110 bis 120 Prozent verteuert wird, und Obst im Norddeutschland nur noch von den oberen Jahrgängen gekauft werden kann. In der Eingabe wird weiter empfohlen, um ein etwaiges Auftreten des Schieber- und Wuchererums zu bekämpfen, die billigen Ausnahmetarife nur Verbrauchers-Organisationen (Konsumenten-Vereinigungen, Städte- und Gemeinde-Einkaufsgenossenschaften) zugute kommen zu lassen. Dadurch würde erreicht, daß das Obst direkt vom Produzenten den Konsumenten ohne wucherischen Zwischenverdienst zugeführt werden könnte.

□ Baufluchten am Ettlinger Tor. Veranlaßt durch einen von dritter Seite verfolgten Plan der Erstellung eines großen Bürogebäudes, hat die Stadtverwaltung in den letzten Wochen mehrere Beratungen der zuständigen Kommissionen über die Ausgestaltung der Baufluchten am Ettlinger Tor herbeigeführt. Die gestellte Frage war vor Jahren schon Gegenstand eines Preisauswettens und ist in sehr eingehenden Erörterungen innerhalb der Stadtverwaltung, wie auch bei den interessierten Ministerien vor und nach Beginn des Krieges nach allen Seiten hin geprüft worden. Nunmehr handelt es sich darum, eine Entscheidung herbeizuführen und durch Feststellung der endgültigen Baufluchten der Weiterentwicklung der Stadt am Ettlinger Tor und im Gebiete des alten Bahnhofs die Wege zu ebnen. Dabei fiel ins Gewicht, daß die Erstellung größerer öffentlicher Gebäude am Ettlinger Tor z. B. nicht mehr in Frage kommt, wohl aber die Lage des in Fragestehenden Stadtgebietes zwischen Hauptbahnhof und Stadtmitte zwingend auf eine bevorzugte Geschäftslage hinweist. Im Vordergrund der Überlegungen standen ferner die Erfordernisse des Verkehrs, während dem Bauflüchtler die Aufgabe zuziel, das so in großen Linien Gegebene künstlerisch einwandfrei zu gestalten. Die Beratungen ergaben, daß ein Platz am Ettlinger Tor vom Standpunkt des Künstlers nicht unbedingt erforderlich, der Geschäftslage wenig förderlich, dem Verkehr aber in hohem Maße abträglich sei. Eine einfache Kreuzung der Ettlinger Straße und der Kriegsstraße unter Einführung der Weiterheimer Allee westlich, der Verlängerung der Wilhelmstraße östlich des Kreuzungspunktes in die Kriegsstraße erschien als die natürlichste und dem Leben in der Stadt am meisten dienende Lösung. Die entstehenden großen Bauflüchte sind der Bebauung auch bei der heutigen Wirtschaftslage leicht zugänglich, die über das Ettlinger Tor hinaus nach Osten verlängerte Grünanlage der Kriegsstraße vermittelt ungezwungen den Übergang aus der alten „Weinbrennerstadt“ in die Neustadt, die Ettlinger Straße, vom Ettlinger Tor bis in die Gegend des Stadgartens, erhält alle Vorbedingungen für eine hochbedeutungsvolle Geschäftslage, die Forderungen des Verkehrs endlich werden in hervorragender günstiger und denkbar einfacher Form erfüllt. Der nach diesem Gesichtspunkte bearbeitete und dem Stadtrat vorgelegte Entwurf lehnt sich eng an einen feinerzeit auf dem Bad. Finanzministerium ausgearbeiteten Vorschlag an und stimmt in seiner Grundidee (sein Platz!) auch mit früheren Entwürfen Karlsruher Architekten vollkommen überein. — Der Stadtrat hat dem Entwurf einmütig seine Zustimmung erteilt und die Einleitung des Verfahrens zur Feststellung der Baufluchten darnach beschlossen.

Entscheidung herbeizuführen und durch Feststellung der endgültigen Baufluchten der Weiterentwicklung der Stadt am Ettlinger Tor und im Gebiete des alten Bahnhofs die Wege zu ebnen. Dabei fiel ins Gewicht, daß die Erstellung größerer öffentlicher Gebäude am Ettlinger Tor z. B. nicht mehr in Frage kommt, wohl aber die Lage des in Fragestehenden Stadtgebietes zwischen Hauptbahnhof und Stadtmitte zwingend auf eine bevorzugte Geschäftslage hinweist. Im Vordergrund der Überlegungen standen ferner die Erfordernisse des Verkehrs, während dem Bauflüchtler die Aufgabe zuziel, das so in großen Linien Gegebene künstlerisch einwandfrei zu gestalten. Die Beratungen ergaben, daß ein Platz am Ettlinger Tor vom Standpunkt des Künstlers nicht unbedingt erforderlich, der Geschäftslage wenig förderlich, dem Verkehr aber in hohem Maße abträglich sei. Eine einfache Kreuzung der Ettlinger Straße und der Kriegsstraße unter Einführung der Weiterheimer Allee westlich, der Verlängerung der Wilhelmstraße östlich des Kreuzungspunktes in die Kriegsstraße erschien als die natürlichste und dem Leben in der Stadt am meisten dienende Lösung. Die entstehenden großen Bauflüchte sind der Bebauung auch bei der heutigen Wirtschaftslage leicht zugänglich, die über das Ettlinger Tor hinaus nach Osten verlängerte Grünanlage der Kriegsstraße vermittelt ungezwungen den Übergang aus der alten „Weinbrennerstadt“ in die Neustadt, die Ettlinger Straße, vom Ettlinger Tor bis in die Gegend des Stadgartens, erhält alle Vorbedingungen für eine hochbedeutungsvolle Geschäftslage, die Forderungen des Verkehrs endlich werden in hervorragender günstiger und denkbar einfacher Form erfüllt. Der nach diesem Gesichtspunkte bearbeitete und dem Stadtrat vorgelegte Entwurf lehnt sich eng an einen feinerzeit auf dem Bad. Finanzministerium ausgearbeiteten Vorschlag an und stimmt in seiner Grundidee (sein Platz!) auch mit früheren Entwürfen Karlsruher Architekten vollkommen überein. — Der Stadtrat hat dem Entwurf einmütig seine Zustimmung erteilt und die Einleitung des Verfahrens zur Feststellung der Baufluchten darnach beschlossen.

Der Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands, eine Organisation, welche sich den Zusammenschluß aller nichtkriegsbeschädigten Invaliden, Unfall- und Altersrentner und deren Interessenswahrung, besonders die Bewilligung höherer Rentenbezüge, zur Aufgabe macht, hat seit einem Jahre auch in Baden festen Fuß gefaßt und an zahlreichen Plätzen Ortsgruppen gegründet. Diese werden nun am Sonntag den 29. Mai ihre Delegierten nach Karlsruhe senden, um in einer Konferenz über den engeren Zusammenhalt der badischen Ortsgruppen Beschluß zu fassen und über sonstige Organisationsfragen zu beraten. Die Tagung findet am genannten Tage im „Kuerbahn“ — Schützenstraße 58 — statt und beginnt vormittags 10 Uhr.

Um die Freiheit im Bauwesen. Der Bund Deutscher Architekten, Ortsgruppe Karlsruhe, faßte eine Entschließung, in der er auf die immer größer werdende Wohnungsnot hinweist und durchgreifende Maßnahmen fordert. Es müsse größere Freiheit in das Bauwesen gebracht werden und den Privaten müsse gegen entsprechende Sicherheit der bewilligten öffentlichen Mittel dieselbe Unterstützung wie den Genossenschaften gewährt werden. Ein Mietabgabengesetz, auf alle Kreise verteilt, ohne zu großen Verwaltungsapparat, sei unbedingt geboten.

Selbstmordversuch. Gestern früh 7 Uhr brachte sich ein hier wohnhafter pensionierter Automobilführer in seiner Wohnung durch einen scharfen Schuß aus einem Revolver eine schwere Verletzung in der rechten Kopfsseite bei. Der Verletzte wurde mittelst Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Stadgartenzert. Im Stadgarten wird am Freitag, den 27. Mai, nachmittags von 4—7 Uhr eine außerordentliche Konzertveranstaltung infolge stattfinden, als zwei Musikkapellen das 20 Nummern umfassende Programm bestreiten werden. Es sind dies die Kapelle des Musikvereins Harmonie und die Feuerwehr- und Bürgerkapelle, die sich in das mit besonderer Sorgfalt zusammengestellte Programm teilen. Bei schlechtem Wetter wird das Konzert um die gleiche Zeit im großen Festhalleaal abgehalten werden; es spielt dann aber dort nur die Kapelle des Musikvereins Harmonie.

Staudenbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Straußengasse. Josef Jung von Haueneberlein, Städt. Arbeiter hier, mit Caroline Ecker geb. Glöckner von hier, Aug. Baumann von Gengenbach, Notarhier hier, mit Hedwig Sillmann von Lahr. Gustav Ras von hier, Majd. Teagister hier, mit Sofia Winkler von hier. Oskar Huber von hier, Bahnarbeiter hier, mit Irma Langinger von hier. Otto Zipse von hier, Telegraphenarbeiter hier, mit Luise Geiß von Durlach. Otto Reist von hier, Steinbrücker hier, mit Anna Reiser von hier. Karl Cernad von hier, Lehrer hier, mit Verba Geyer von Rosenbergr.

Gebärdungen. Karl Merkel von Mauern, Ingenieur hier, mit Anna Vach von Sigoln. Friedrich Preisendanz von hier, Bahnarbeiter hier, mit Luise Silbernagel von hier. Karl Furrer von hier, Modellschreiner hier, mit Emma Veißel von hier. Adolf Schwarz von hier, Photograph hier, mit Anna Huber von Reuburgweiler. Anton Dabinger von hier, Reisender hier, mit Klara Hofener von Wagenbach. Friedrich Vollmer von hier, Kaufmann hier, mit Emma Vollweiler. Josef Göt, von hier, Musiklehrer hier, mit Sofie Mengesdorf von Durlach. Karl Koch von Haag, Schneider hier, mit Frieda Volld von hier. Ludwig Faust von Pfankuch, Kaufmann hier, mit Ida Faust von Kirchland. Josef Jung von Hilsbach, Heizer hier, mit Luise Tid von Hildingen. Karl Schramm von Würzburg, Medizinalrat von Freiburg, mit Maria Huber von hier. Walter Weipol von Hannover, Versicherungsdirektor hier, mit Ruth Seidel von Charlottenburg. Ludwig Heinrich von Nürnberg, Mechaniker in Sümmerda, mit Frieda Bausch von hier. Franz Weismann von Durlach, Postf. hier, mit Rosa Kifferle von Freudenfeld. August Mai von hier, Städt. Arbeiter hier, mit Anna Häht von Gutach. Kurt Dammert von Schliengen, Kaufmann in Gengenbach, mit Louise Ott von Zell. Christian Dör von Oberflöbach, Arbeiter hier, mit Luise Pfaff von Rutenbach. Karl Wiech von hier, Fuhrmann hier, mit Anna Köhler von Mannheim. Emil Koch von hier, Kaufmann hier, mit Maria Reumier von hier. Karl Stober von hier, Kanzlei-Diätar, hier, mit Emma Schlotterbeck von Gondelsheim. Eugen Eßler von Jungsheim, Kaufmann hier, mit Johanna Hermann von Jungsheim. August Kapper von Gelsert, Kaufmann von Jungsheim. August Arnold von hier, Kaufmann hier, mit Luise Ehrlich von hier. Hans Dembsch von Lörach, Kaufmann hier, mit Johanna Neurer von Gersfeld.

Geburten. Otto Albert Richard, B. Fridolin Eisele, Bürodiener. Alfred Abraham, B. Moses Jankowicz, Kaufm. Annemarie, B. Joh. Limenmeier, Reg. Rat. Hildegart, B. Wilh. Lüttes, Kol. Wachsmeister. Luise Emilie, B. Joh. Brendel, Schmied. Gerda Anneliese, B. Rich. Stöck, Postbote. Guido Bruno, B. Silvio Speranza, Glöcknermeister. Kurt Julius, B. Julius Preisinger, Reich-Schlosser. Walter Philipp, B. Karl. Erler, Metzger und Wirt. Erna, Maria, B. Herm. Gud. Labnarb. Walter, B. Herm. Dürr, Reich-Mstr. Liselotte, B. Friedrich Müller, Städt. Arbeiter. Günther Helmuth, B. Herm. Billing, Dipl.-Ingenieur.

Todesfälle. Fedd. Majson, ledig, Chemiker, alt 31 Jahre. — Helene Raier, alt 58 Jahre, Ehefr. von Wolf Raier, Handelsmann. Emil Börner, ledig, Mag.-Art., alt 23 Jahre. Heinrich Endler, gesch. Chemann, Zimmermann, alt 41 Jahre. Lina Käninger, ledig, Näherin, alt 22 Jahre.

Der Schleichhandel blüht weiter. Trotz der Bestrafungen blüht der Schleichhandel kräftig weiter. So wurden heute hier wieder sechs Personen wegen Schleichhandels mit Salva-Jan verhaftet.

Fahrrad Diebstähle. Im Laufe des Montags wurden hier aus dem Hausflur Kaiserstraße 118, aus dem Hause Bunsenstr. 22 sowie aus dem Hausflur Friedrichsplatz 8 je ein Fahrrad durch unbekannten Täter entwendet.

Landestheater. Der russische Komödienabend, den das Schauspiel für Samstag, den 28. ds. Mts. vorbereitet, umfasst Werke von Gogol, Tschekow und Gureinoff. Der Kleinrussische Nikolaj Gogol, als Nobellist durch geniale Eigenart, unerschütterliche Phantasie und tiefe Verwurzelung in seinem Heimatboden einer der Größten, hat gleichzeitig als Bühnendichter das rollständigste russische Lustspiel geschrieben: „Der Revisor“, ein Werk, das in unerhittlicher Satire die Beschaffenheit und Höhe des russischen Beamtenstandes geißelt. Einem anderen Uebel, der Spiel- und Festschpielwelt seiner Landsleute, rückt Gogol in seiner breit und farbig angelegten Komödie, die Spieler, die erstmalig am Landestheater zur Aufführung kommen wird, zu Leibe. Wenn Gogol am Abend der Erstaufführung seines „Revisors“ dem Kaiser Nikolaus auf seine anerkennenden Worte: „Ich habe noch nie so gelacht wie heute abend“ antwortete: „Das Stück sollte eine andere Wirkung haben, so könnte dieser Ausspruch heute auch für seine „Spieler“ gelten.

Genossenschaftsbewegung

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine (G.G.). Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine veröffentlicht ihren 27. Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1920. Der Warenumsatz hat sich in diesem Jahre von 352,6 Mill. M. auf 1352,2 Millionen erhöht. Zum Teil ist das immer noch auf die weiter gestiegenen Warenpreise zurückzuführen, zum erheblichen Teil jedoch wird diese Umsatzerhöhung als ein Gradmesser für die Erhöhung der umgesetzten Warenmenge bezeichnet. Ueber die Entwicklung gibt der Geschäftsbericht folgende Uebersicht: „Das Jahr schloß mit einer ungeheuren Nachfrage nach Waren aller Art ein. Der große Bedarf in Zusammenhang mit dem weichenen Kurse der Mark trieb die Preise für alle Artikel in die Höhe, und trotzdem fand jede Ware reißenden Absatz. Auch die Ausfuhr war sehr lebhaft, denn der Tiefstand der Mark drängte die deutsche Ware ins Ausland. Die Einfuhr sollte grundsätzlich nur notwendige Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfabrikate umfassen. Tatsächlich kamen aber erhebliche Mengen von Luxusgegenständen und entbehrlichen Waren mancher Art herein.

Als Anfang März der Markkurs anso, ging das Ausfuhrgeschäft sofort zurück, und die Nachfrage im Inland flaute ab. Der Kapp-Putsch am 13. März brachte zunächst alle Betriebe zum Stillstand. Es trat eine allgemeine Geschäftsstörung ein, die erst behoben wurde, als die Warenbesitzer sich zum Verkauf der Vorräte zu niedrigeren Preisen entschlossen und die Hoffnung der Konsumenten auf einen weiteren Preisrückgang sich nicht verwirklichte.

Die Zusammenfassung der Konsumvereine in Bezirken zu Einkaufsvereinigungen hat im letzten Geschäftsjahre weitere Fortschritte gemacht. Es wurden 6 neue Einkaufsvereinigungen gegründet. Die Umsätze in den Einkaufsvereinigungen stiegen von 36 auf 129,6 Millionen Mark.

Der Warenbedarf von genossenschaftlichen Organisationen stellte sich auf 45 gegen 13,6 Milliarden Mark im Vorjahre. In den Produktionsbetrieben der G.G. war der Beschäftigungsgrad bei schwankender Marktlage sehr ungleich. Im allgemeinen sind die Steigerungen der Umsätze dieser Betriebe auf die erhöhten Warenpreise zurückzuführen. Bedeutend gestiegen ist der Umsatz bei den Seifenfabriken in Gröda und Düsseldorf. Das hat seinen Grund darin, daß im Gegenjah zur früheren Jahren nur gute vollfette Seife hergestellt und zu hohen Preisen auf den Markt gebracht wurde. Ein Produktionsrückgang wird in der Leinwandfabrik Gröda-Nieja, eine bedeutende Produktionssteigerung in der Bindholzfabrik Leuenburg vermerkt.

Die Fortführung des Programms, das vor dem Kriege für den Ausbau der Eigenproduktion aufgestellt war, konnte noch nicht erfolgen. No dummer stellen sich nach dem Bericht der Errichtung neuer Fabriken fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen.

Beschäftigt wurden in allen Betrieben zusammen 2427 Personen 2041 Personen im Vorjahre. Der Ueberschuß der G.G. ist von 2 Millionen auf 4,4 Millionen gestiegen.

m. Hagsfeld, 23. Mai. Samstag abend hielt der Landwirtschaftliche Verein im Gasthaus zur „Arona“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorstand Altbürgermeister Lind er leitete die Versammlung. Oberrevisor Hoffmann n vom Bad. Landw. Genossenschaftsverband erstattete den Jahresbericht des Verbandes, er stellte fest, daß der Verband einen Jahresumsatz von 520 000 M hatte und einen Reingewinn von 1420 M. Hierauf gab der Rechner Berthold Lind er

den Rechenberichtsbericht des Ortsvereins, aus dem zu entnehmen war, daß der Verein ein Jahresumsatz von nahezu 250 000 M hatte. Den Revisionsbericht gab im Namen der Verwaltung Karl Aug. Wur m, den des Verbandes Herr Oberrevisor Hoffmann. Es wurde eine tadellose Buch- und Kassensführung festgestellt, worauf dem Rechner einstimmige Entlastung erteilt wurde. Herr Oberrevisor Hoffmann hielt sodann einen Vortrag über das landw. Genossenschaftswesen; er erklärte u. a.: wie notwendig es gerade zur heutigen Zeit ist, sich genossenschaftlich zu organisieren und wies auch auf die Vorteile der eingetragenen Genossenschaften gegenüber den freien Vereinen hin. Der Referent erntete reichen Beifall. Aus der sich an das Referat anschließenden Aussprache war zu entnehmen, daß auch in unserm Ortsverein das Bestreben vorhanden ist, sich genossenschaftlich zu organisieren, worauf dann auch bei der Abstimmung die Auflösung des Vereins und die Gründung einer Landw. Ein- und Verkaufsgenossenschaft e. G. m. H. beschlossen wurde. Um die Genossenschaft leistungsfähig zu machen, wurde beschlossen, daß jedes Mitglied einen Geschäftsanteil von 100 M zu entrichten hat, wovon 25 M noch in diesem Jahre, der Rest in 3 Jahresraten von je 25 M zu zahlen ist. Auch können mehrere Geschäftsanteile genommen werden, die dann bei jedem vollen Hundert mit 5 Prozent verzinst werden. — Bei der Wahl zum Vorstand sowie in den Aufsichtsrat wurden gewählt: In den Vorstand: Julius Kausch 1. Vorsitzender, Friedrich Maier 2. Vorsitzender, Martin Wurst, Lagerhalter und Rechner, als Beisitzer Wilhelm Erb, Wagner. In den Aufsichtsrat: Karl Aug. Wur m, Karl Dörmwäcker, Kassier, Christ. Wurst, Friedrich Ballmer 11. Noa Deidt und Julius Weibel. Dem bisherigen Vorstand Altbürgermeister Rinder wurde für seine 20jährige verdienstvolle Tätigkeit der Dank ausgesprochen. Im Laufe der nächsten Tage wird eine Liste zirkulieren, in die sich alle diejenigen eintragen können, die die Weiterführung ihrer Mitgliedschaft auch in der neu gegründeten Genossenschaft wünschen. Auch können sich diejenigen eintragen, die bis jetzt noch nicht Mitglied des landw. Vereins waren.

In den Bewohnern von Hagsfeld liegt es nun, nachdem ein langgehegter Wunsch in Erfüllung gegangen und der Landw. Verein auf eine genossenschaftliche Grundlage gestellt ist, dafür zu sorgen, daß der Genossenschaft immer mehr neue Mitglieder zugeführt werden. Denn je größer und leistungsfähiger die Genossenschaft, desto vorteilhafter für die Mitglieder.

Gemeindepolitik

Badischer Gemeindeverband

Der Geschäftsführende Ausschuß des Bad. Gemeindeverbandes hielt am 11. Mai 21 in Karlsruhe eine Sitzung ab. Dem darüber veröffentlichten Bericht entnehmen wir folgendes: Der Ausschuß hofft bezgl. des Verteilungsgesetzes und des Ertragssteuergesetzes, daß der Landtag das erforderliche Verständnis für die Notlage der Gemeinden zeigt und in Bezug auf die Schuldenverteilung, Einkommensteuerverteilung und Festsetzung der gemeindlichen Ertragssteuern den Anträgen des Gemeindeverbandes entspricht. — Die reichspräsidentliche Regelung der Entschuldigungsfrage für den Wegfall des Rechts der Besteuerung des Mindesteinkommens für 1921/22 vor dem 31. 3. 21 beschlossen haben, weitere 5% aus dem Ertrag der örtlichen Umsatzsteuer erhalten sollen, ist nicht befriedigend, weil die Entschuldigungsfrage nicht ist, und sie nicht allen Gemeinden gewährt wird. — Es wird beantragt, die Maßvorschriften zur Errichtung von Fortbildungsgeschulen während der nächsten Jahre in eine Sollvorschrift umzuwandeln. Der Ausschuß verkennt dabei keineswegs die dringende Notwendigkeit einer besseren und gründlicheren Schulausbildung für unsere Jugend. — Die jetzige Art, die Steuererklärung schriftlich beim Finanzamt abzugeben, findet sehr wenig Anklang, weil sie zu umständlich, zu zeitaufwendend und zu kostspielig ist. Es wird daher beantragt, daß in Zukunft wieder wie früher ein Finanzbeamter in die einzelnen Ortsgemeinden zur Entgegennahme der Steuer-Erklärungen kommt, damit sich die Landleute nicht mehr mit den umständlichen Fragebogen abmühen oder den weiten Weg zum Finanzamt machen müssen. — Die Tariffsätze für die Armenpflegekosten sind zu niedrig, eine Tarifierhöhung ist zu beantragen. — Die Landgemeinden werden in neuester Zeit wieder zu sehr von umherziehenden Händlern, Schaustellern, Kinounternehmungen aufgesucht. Das Ministerium des Innern ist deshalb zu ersuchen, die Bezirksämter zur Einschränkung bezgl. zur eingehenden Prüfung der Bedürfnisfrage vor deren Erteilung anzuweisen. — Der neueste Tarif des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte entspricht nicht den Bedürfnissen. Beim Landtag sollen nochmals die entsprechenden Anträge gestellt werden. — Die Bestimmung im Umsatzsteuerherangezogen werden, bedeutet empfindliche Schädigung der Landgemeinden. Eine Verringerung des Gesetzes ist zu beantragen. — Die Wäldt, Baden, Württemberg, die Rheinpfalz und Südböhmen zu einem Bezirkswirtschaftsverband zusammenzufassen, wird gutgeheißen.

Wegen des gesetzlichen Feiertags Fronleichnam erscheint die nächste Nummer unseres Blattes am Freitag.

Gewerkschaftliches

Benennung des Legilarbeiter-Streiks in Freiburg

Die W.B.A. mitteilt, ist der Legilarbeiterstreik jetzt beigelegt worden. Am Montag abend ist von den Organisationen der Arbeiter der aufgenommene werden. Man kam nach längeren Verhandlungen zu dem Ergebnis, daß ein weiterer Kampf aussichtslos sei. Die Arbeiter werden am Dienstag früh ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.

Nach Nachrichten aus gut informierter Quelle gilt der vorerwähnte Beschluß nur für die Metz-Legilarbeiter in Freiburg und ist auf die unsolbarischen Nachenschaften der „Christlichen“ zurückzuführen. In den anderen Orten geht der Streik noch weiter.

Jugend und Sport

Reichs-Arbeiter-Sporttag in Lahr

Zu dem am 29. Mai in Lahr stattfindenden Reichs-Arbeiter-Sporttag laden wir hiermit die Genossen des 5. Bezirks vom Arbeiter-Maschinen-Bund, sowie vom Arbeiter-Turn- und Sportbund zur Mitwirkung höflichst ein, soweit sie an demselben Tag nicht selbst eine diesbezügliche Feiern am Ort abhalten. Morgens findet an diesem Tage vollständiges Wertungsturnen der Schüler und Jugendburschen und Preis-Langsaufahren der Radfahrer statt. Am Nachmittag sind Vorführungen der Turner und Radfahrer vorgesehen. Ebenso haben die Arbeitergesangsvereine ihre Mitwirkung zugesagt, jedoch der Tag seinen gedachten Zweck erfüllen wird.

10. Kreis, 3. Bezirk. Den Vereinen zur Kenntnis, daß unser bisheriger Bezirkspräsident, Hr. Lampert, R. Wühlburg, seine Funktion wegen Dienststellenänderung aufgeben mußte. An seine Stelle wurde vom Bezirksauschuß der bisherige Gruppenpräsident der Gruppe Durlach, Sportklub, R. Fischer, gewählt. Es sind deshalb sämtliche Zuschriften sowie Angelegenheiten für Turnspiele des 3. Bezirks an denselben zu richten.

Rekte Nachrichten

Riesenbetrug italienischer Offiziere in Wien

Wien, 24. Mai. (Tel.-Annon.) Der Skandal des ehemaligen Leiters der italienischen Waffenstillstandskommission in Wien, General Segre, und der ihm unterstellt gewesenen Offiziere zieht immer weitere Kreise. Nunmehr wird bekannt, daß bei den Lebensmittelmagazinen allein 300 000 000 Lire fehlten, wogegen noch Beträge kamen, welche die italienischen Offiziere sich als Vorkasse für die in den Schleichhandel gebrachten Lebensmittel zu verschaffen suchten, ebenfalls durch das Anstellen falscher Rezipisse. Ebenso wie in Wien trieben es die italienischen Offiziere in Innsbruck, wo sie über den Brenner große Schiebereien durchführten. Auch mit Polen, Rumänien und mit Jugoslawien betrieben sie große Schleichhandelsgeschäfte. Die italienischen Wälder verlangen die genaue Kontrolle der aus den Wiener Wäldern nach Spanien überführten Kunstwerke, weil der Verbleib von zwei wertvollen Gemälden nicht aufgeklärt erscheint. Der Prozeß gegen den General und die Offiziere dürfte sich zu einem großen Sensationsprozeß gestalten.

Besprechung Escherichs mit den Einwohnerwehren

München, 24. Mai. Forstrat Escherich hatte für gestern die Gausleitungen der Einwohnerwehren nach München berufen. Es galt, den Leitern im Lande klar zu machen, um was es geht, und wie die Notwendigkeit einer Waffenabgabe nicht weiterhin zu vermeiden ist. Ob der Landesleitung die Lösung dieser Frage gelungen ist, kann, da über die Verhandlungen Stillschweigen geübt wird, nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Der schon lange ermarktete Ministerat, der sich mit der Note befaßt wird, die von der Reichsregierung an die Regierungen der Länder wegen des Vollzugs der Bestimmungen des Ultimatum ergangen ist, findet nunmehr heute abend statt. Im bayerischen Landtag wurde von den Unabgängigen angefragt, wann Ministerpräsident v. Kahr das Haus über den Stand der Entlassungsfrage in Bayern informieren werde. Der Vorsitzende des Landtags teilte mit, daß die bayerische Regierung noch keine weiteren Nachrichten aus Berlin habe, daß sie also nicht in der Lage sei, Aufschluß zu geben.

Die Opfer des Aufstandes in Aegypten

Paris, 24. Mai. Wie der „Matin“ meldet, wurden nach einer Depesche aus Kairo bei einem Aufstand 23 Personen getötet und 130 verwundet. Der Polizei und ägyptischen Truppen gelang es, die Unruhen zu unterdrücken. Gestern morgen brachen zahlreiche Feuersbrünste in der Stadt aus.

Der Wäsche, die mit

Sunlicht Seife

gewaschen, entfrönt

jener wunderbare balsamische Duft,

der auch auf das körperliche Befinden wohltuend einwirkt. Sunlicht Seife ist deshalb auch eine hervorragende Badeseife und kann ob ihrer garantiert neutralen Beschaffenheit und wirklichen Reinheit auch für die Körperpflege von Kindern und Erwachsenen bestens empfohlen werden.

Man verwende sie vor allem zum Waschen der Kinderleibwäsche; die Reizung der zarten Kinderhaut wird dadurch vermieden.

Geschäfte

Hotelestraurants
Bäckereien
Handlungsgeschäfte
Wirtschaften
Restaurants
Zigarrengeschäfte
Fabrikationsbetriebe

zu verkaufen.

M. Busam,
Herrenstraße 38.

Kragen

-Wäscherei
Schorpp

Liefert schnellstens

Annahmestellen:
Karlsruhe:
Bernhardstraße 9
Kaiserstr. 34 u. 243
Gewirgstraße 46
Amalienstraße 15
Waldstraße 64
Wilhelmstraße 32
Augustastraße 13
Schillerstraße 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstraße 18.
Durlach:
Hauptstraße 15.

Beendigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und China

Berlin, 24. Mai. Am 20. ds. Mts. ist in Peking das Abkommen zwischen Bevollmächtigten der deutschen und der chinesischen Regierung unterzeichnet worden...

Die Aussichten der Weltermte

Bis jetzt sind die Gesamtansichten der Welt über das Brotgetreide befriedigend, doch hängt es natürlich von der Gestaltung der Witterung ab...

In Europa sind die Ernteansichten noch durchschnittlich befriedigend. In England lauten die Urteile günstig, wenn auch neuerdings durch kaltere Witterung die Saaten im Rückstand geblieben sind...

folgt der günstigen Wetterverhältnisse die Aussichten beträchtlich gebessert. Aus Amerika lauten die Urteile über die Ernte vorwiegend günstig.

In den Vereinigten Staaten ist bis jetzt eine zwar recht befriedigende, aber doch nicht ganz so große Ernte zu erwarten, als man zu Beginn des Frühjahres angenommen hatte.

Kleine Nachrichten

Radenburg. Die Bergarbeiter im Radenburger Revier haben gestern Nachmittag die Arbeit niedergelegt.

Düsseldorf. Seit heute morgen ist in dem Bezirk Düsseldorf durch den französischen Oberbefehlshaber die Vorzensur über alle Meldungen aus Oberelbien verhängt worden.

Valuta-Bericht vom 24. Mai

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 9.15 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 21.63 M. per holl. Gulden.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 1,75 Meter, gest. 15 Zim. Neßl 2,70 Meter, gest. 34 Zim. Karau 4,05 Meter, gest. 18 Zim. Rannheim 2,62 Meter, gest. 8 Zim.

Schriftleitung: Georg Schöfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel...

Vereinsanzeiger

Bel 5 u. mehr Zeilen mit 1.30 die Zeile. Bel 2 u. mehr Zeilen mit 1.50 die Zeile.

Bel. (Arbeiter-Radfahrerverein „Frischauf“.) Samstag, 28. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Begegnung“...

Hente Mittwoch, den 25. Mai 1921, vormittags 10 Uhr

Neu-Eröffnung

Schuh-Haus Prophet

Kaiserstrasse, Ecke Lammstrasse.

Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer

Essentielle Aufforderung zur Abgabe der Steuererklärungen zum Zwecke der ersten Veranlagung zur Körperschaftsteuer und zur Kapitalertragsteuer.

I. Die nach § 1 des Körperschaftsteuergesetzes der Körperschaftsteuer unterliegenden Steuerpflichtigen, die im Steuerkommisariat Karlsruhe-Stadt-Land den Ort der Leistung oder, wenn der Ort der Leistung oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden aufgefordert,

die Steuererklärungen für die Veranlagung zur Körperschaftsteuer

abzugeben.

Körperschaftsteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbaubetriebende rechtsfähige Vereinigungen und nicht rechtsfähige Berg-Gewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),

2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetrieb,

3. sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechts, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Anstalten und Stiftungen,

4. juristische Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere kirchliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,

5. nicht rechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckvereinigungen mit Ausnahme der öffentlichen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Inhaber (Mitunternehmer) des Betriebs anzusehen sind.

Die Abgabe der Erklärung liegt

bei juristischen Personen

den gesetzlichen Vertretern,

bei Personenvereinigungen und Zweckvereinigungen, die eigene Rechtsfähigkeit nicht besitzen, den Vorständen oder Geschäftsführern und, soweit solche nicht vorhanden sind, den Mitgliedern oder Beteiligten (§§ 84, 86 der Reichs-Abgabenordnung),

Prokuristen und Handlungsbevollmächtigte sind zur Abgabe der Erklärung nicht verpflichtet.

Steht nach der Satzung, Stiftung oder sonstiger Verfassung die gesetzliche Vertretung nur aus mehreren Personen gemeinsam zu, so ist zur Abgabe der Steuererklärung die Mitwirkung der für die Gesamtvertretung vorgeschriebenen Anzahl von Personen erforderlich.

Zur Abgabe der Erklärungen sind die Personenvereinigungen und Zweckvereinigungen verpflichtet, deren Steuerpflicht am Tage des Inkrafttretens des Körperschaftsteuergesetzes (15. April 1920) bestanden hat.

Die Steuererklärungen müssen

umfassen:

1. Das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt,

das Einkommen des Kalenderjahres 1919 (§ 20 des Körperschaftsteuergesetzes),

2. das Einkommen der Geschäftsjahre (Wirtschaftsjahre), deren Ende in die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 fällt, oder, wo ein besonderes Geschäftsjahr nicht vorliegt, das Einkommen des Kalenderjahres 1920.

Für jedes nach dem 31. März 1919 abgelaufene Geschäftsjahr ist eine besondere Steuererklärung abzugeben.

Die Steuererklärungen sind in der Zeit

vom 1. Juni bis 31. Juli 1921

jeweils jedoch am 31. März 1921 der Geschäftsjahresabschluss durch die zuständigen Organe (Mitglieder, Gesellschafterversammlung) noch nicht festgestellt ist, binnen drei Monaten nach der Feststellung bei dem unterzeichneten Steuerkommisariat schriftlich einzureichen oder zu Protokoll des Steuerkommisariats abzugeben. Die Erklärungen sind mit der Versicherung abzugeben,

daß die darin enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Einbindung der schriftlichen Erklärung durch die Post ist zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden während der üblichen Geschäftsstunden zu Protokoll entgegengenommen.

Der etwaige Geschäftsbericht (Jahresbericht und Mitgliederversammlungsprotokoll) sind anzuschließen.

Falls Bücher im Sinne des Handelsgesetzbuches geführt werden, ist eine Abschrift der unverfügbaren Bilanz für das Geschäftsjahr 1919, gegebenenfalls auch für das Geschäftsjahr 1920 einzureichen (§ 174 der Reichs-Abgabenordnung) mit einer Gewinn- und Verlustrechnung angelegt, so ist auch diese beizufügen.

Liegen keine kaufmännischen Bücher vor, so sind die sonstigen Rechnungen, Abschlässe, Redenshaft- oder Geschäftsberichte anzuschließen.

Aus der Bilanz oder den Erklärungen soll klar hervorgehen, wie Gegenstände des Gebrauchs und Lagerbestände bewertet und welche Beträge darauf und auf welche Weise und unentgeltliche Forderungen oder sonst abgeschrieben worden sind.

Wenn Ausgaben für Anlagen als Unkosten gebucht sind, ist der Betrag in der Steuererklärung und in den Erklärungen anzugeben.

Als Schulposten dürfen Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungszuwendungen und dergleichen in der Bilanz nur aufgeführt werden, wenn die Rückgewaltsrechte beruht sind.

Die Vertreter des Steuerpflichtigen haben auf Verlangen die Richtigkeit ihrer Angaben nachzuweisen; sie können von dem Steuerkommisariat und dem Steueraussschuß zur mündlichen Vernehmung vorgehalten und mit Genehmigung des Landesfinanzamts zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung über die von ihnen behaupteten Tatsachen angehalten werden.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung verläßt, kann mit Ordnungstrafen zur Abgabe angehalten, auch kann dem Steuerpflichtigen ein Zuschlag bis zu zehn v. H. der endgültig festgesetzten Steuer auferlegt werden (§ 170 Abs. 2 und § 202 Abs. 2 der Reichs-Abgabenordnung).

Wer die Körperschaftsteuer hinterzieht oder zu hinterziehen versucht oder wer eine betrügerische Handlung seines Vorteils wegen begünstigt oder hierbei hilft, wird mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß für die nach dem 31. März 1921 abgelaufenen Geschäftsjahre die Steuererklärungen binnen zwei Monate nach Zufüllung des Steuererklärungsformulars, wenn jedoch ein Vordruck nicht zugeföhrt wurde, binnen drei Monaten nach Ablauf des Tages, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluss) von den zuständigen Organen festgestellt wurde, abzugeben sind.

II. Die unter I. 1 bis 4 genannte körperschaftsteuerpflichtigen Personenvereinigungen und Zweckvereinigungen werden aufgefordert, gleichzeitig mit der Körperschaftsteuererklärung, die auf Grund der Veranlagung vom 8. Januar 1921 über die Abgabe der Kapitalertragsteuererklärung (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 41) vorgezeichnete

Kapitalertragsteuererklärung

abzugeben.

Die Steuererklärungen müssen umfassen folgende in der Zeit vom 31. März bis 31. Dezember 1920 richtig gemordenen Erträge:

1. Dispositionserträge von Wechseln und Anweisungen einschließlich der Schabwechsel, soweit es sich um Kapitalanlagen handelt,

2. alle Erträge aus ausländischen Kapitalanlagen (auch aus Wertpapieren).

Gleichzeitig sind zum Zwecke der Nachprüfung einer richtig vorgenommenen Besteuerung die in der genannten Zeit fällig gewordenen Kapitalerträge der in § 2 Nr. 1, 4 bis 6 des Kapitalertragsteuergesetzes bezeichneten Art (Zinsen von Hypotheken, sonstige Forderungszinsen, auch Zinsen, die in gewerblichen oder land- und forstwirtschaftlichen Betrieben anfallen, wie Zinsen aus Warenforderungen usw.) anzugeben. Grundräßig sind hier der einzelne Zinsbetrag und der Name des betreffenden Schuldners getrennt aufzuführen. Bei Steuerpflichtigen, welche Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen, genügt es jedoch, wenn die in der genannten Zeit fällig gewordenen Zinsen in einer Summe ohne Nennung des Namens der einzelnen Schuldner angegeben werden und ferner eine Erklärung darüber abgegeben wird, ob die genannten Zinsen versteuert sind oder nicht.

Die der Anschaffung und Darlehen von Geld dienenden Unternehmungen im Sinne des § 8 Nr. 3 Abs. 2 des Kapitalertragsteuergesetzes, die der Zinsüberschusseiner nach der Verordnung vom 12. Februar 1921 unterliegen, haben die Kapitalertragsteuererklärung, von der hier die Rede ist, nicht abzugeben.

III. Die Vorbrücke zu den beiderlei Steuererklärungen können von der unterzeichneten Stelle bezogen werden, soweit sie den Steuerpflichtigen nicht zugeföhrt werden. Die Pflicht zur Abgabe der Erklärung ist von dem Empfang eines Vorbrucks nicht abhängig.

Karlsruhe, den 24. Mai 1921.

Steuerkommisariat

Karlsruhe-Stadt Karlsruhe-Land

Zentralverband d. Hausangestellten Karlsruhe

Jeden Tag, mit Ausnahme von Samstag und Sonntag, nachmittags 1/2 bis 1/2 Uhr Sprechstunden im Büro, Pultstr. 16, 4th. III. 3189

Hausangestellte, Putz-, Wasch-, Monatsfrauen, Hausmeister, Hausdiener beuhet die Sprechstunde.

Theaterkultur-Verband

Karlsruhe Sonntag, den 29. Mai

vormittags 11 1/2 Uhr

Morgenveranstaltung

in der Wandelhalle des

Bad. Landestheaters

Mozart in Baden

Singv. i. Anton Rudolph

Gesang: Marie v. Ernst,

Mozartsonaten:

Elsabeth Moritz.

Eintrittspreis 4 M. (für

Mitglieder d. T. K. Verb.

bis zu 2 Karten zum

halben Preis). Karten an

der Theaterkasse,

Zwei tägliche

Gipier u. Fassaden-

arbeiter

können sofort eintreten für

dauernde Beschäftigung bei

Martin Schuchter,

Gipiermeister,

Murg a. Rh.

Divans und Chaiselongues, bill.

zu verkaufen. 4391

Ochmer,

Hauptstr. 23.

Junge Enten

14 M. das Stück zu ver-

kaufen: Zum Gehn 19

(Gartenstadt).

Durlacher Anzeigen.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Ludwig Kramb eingetragenen Kunden von Nr. 1 bis 400 können am Freitag, den 27. Mai von morgens 7 Uhr ab:

4 Str. Braunkohlen-Briketts „Union“ zum Preise von 16,60 M. je Str. und 2 Str. Giform-Briketts zum Preise von 30 M. je Str. ab altes Lager, Pfingststraße erhalten.

Zufuhr vors Haus 0,90 M. frei Keller 1,40 M. je Str. mehr. Die alten Kohlenbette sind mit dem 1. Mai ungültig geworden. Die neuen Kohlenbette für das Wirtschaftsjahr 1921/22 können gegen Rückgabe der alten Kohlenbette und Angabe der Zimmerzahl am 27. Mai von 7 bis 4 Uhr beim Städt. Gaswerk (Ortskohlenstelle) in Empfang genommen werden.

Durlach, den 25. Mai 1921. 1230

Ortskohlenstelle.

Offenburger Anzeigen.

16 Samstag

Butter: Kopfenmenge 50 Gramm Nr. 1.80 gehen die Buttermarken E nur für die Kunden der Feilverkaufsstellen: Dehmer, Drinneberg, Kahl, Erle, Fahl, Fahl, Dauter, Kahl, Keller & Kellner.

Die städtischen Fluß-Badeanstalten sind geöffnet. Die Eintrittspreise sind an den Badeanstalten angehängt. 1249

Der Stadtrat.

Leder-Handlung

R. Neureuther

Marienstr. 58

empfiehlt als

Spezialitäten:

1a. südd.

Sohl- u.

Vache-

Leder

sowie

sämtliche

Schuhbedarfs-

Artikel

Nägel

Werkzeuge

Gummiabsätze

Sohlen

im Ausschnitt

1675

**Ruckfäcke Sporttaschen
Reisekoffer Gamaschen**
Spezial-Kofferhaus Geschw. Lämmle
51 Kronenstrasse 51

Aufgrund des Paragraphen 22 des Ortsstrafengesetzes und Paragraphen 7 der Verordnung vom 19. 12. 1908, dem Vollzug des Ortsstrafengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss, folgenden Inhalts erlassen werden:

Die Eigentümer der an die Straße „Hinter der Kirche“ im Stadtteil Daxlanden anliegenden Grundstücke haben der Stadt die Strafenkosten zu erheben.

Es finden die „allgemeinen Grundzüge über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten nach Paragraphen 22 des Ortsstrafengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1900) Anwendung.

Der Kostenveranschlag, die Liste der betragspflichtigen Grundeigentümer, aus denen das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen und die Beitragshöhe zu ersehen sind, Nachzeichnung des Straßenplanes mit der Größe der anliegenden Grundstücke, sowie ein Abdruck der erwähnten „Grundzüge über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten“ liegen bis zum 4. Juni ds. J. auf der Kanzlei des städt. Tiefbauamts, Rathaus 3. Stock, Zimmer Nr. 100, zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den besagten Gemeindebeschluss wären bei Auschlussfristenden bis zum 8. Juni anher geltend zu machen.

Karlsruhe, den 21. Mai 1921. 1245
Der Stadtrat.

Einmachzucker-Verteilung.

Vom 30. Mai bis einschl. 11. Juni gelangen gegen die Zuckermarke F drei Pfund Einmachzucker und die Monats-Mengen für Juni mit 700 Gramm zur Verteilung. Preis für 1 Pfund 4 M.

Für Einmachzucker wird in der Hauptfache Blattenzucker, für die laufende Kopfmenge Kristall- und Orisnzucker ausgegeben.

Die Geschäfte werden darauf aufmerksam gemacht, daß nur völlig unbeschädigte Zuckermarke eingelöst werden dürfen, um etwaigen Mißbräuchen vorzubeugen. Die Besorger nicht einwandfreier Marken sind an die Kartenteile zu verweisen, da derartige Marken nicht zurückgerechnet werden.

Rückrechnung der Zuckermarke F vom 21. bis 23. Juni.

Karlsruhe, den 24. Mai 1921.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Rochkurse für Mädchen

mit Einführung in die Hauswirtschaft.
Dauer: 1. Juli bis 30. September 1921
Aubemitteln gewährt die Stadterwaltung auf Ansuchen Bewilligen aus Wohltätigkeitsmitteln. Anmeldung möglichst bald im Geschäftsbüro des Gemeindefürsorgeamtes, Herrenstraße 37. Näheres daselbst zu erfahren. 4434

Karlsruhe, den 20. Mai 1921.
Bad. Frauenverein - Mädchenfürsorge.

Daniels Konfektionshaus

Tel. 1846. Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe.
Seidenmäntel Mk. 300.— an
Alpacamäntel Mk. 200.— an
Regenmäntel Mk. 150.— an
Seidenstrickjacken Mk. 185.— an
Röcke aus Bastseide Mk. 150.—
Röcke aus Washstoff Mk. 42.—
Etwas angetrübte
Vollekleider und Blusen
zu stannend billigen Preisen. 4437
Dirndkleider, Waschröcke.

Preisabschlag!

la fettes Pferdefleisch

das Pfund zu 4 Mark.
Fleischwurst 6 Mk., Schwarzenmaggen 5 Mk.,
Leber- und Griebenwurst 4 Mk. das Pfund, alles
in prima Qualität in den Filialen
Durlacherstraße 68 und Angartenstraße 49
Theo Gramlich, Telefon 5117.

Städt. Fischhalle hinter dem Bierordtbad
Scheffische, Rabejan Pfund Mk. 1.80
Bismarkheringe und Kollmops
4 Liter Dose Mk. 12.—
8 Liter Dose 24.—
Bei Abnahme von großen Quantitäten entsprechend billiger. Alles aus frischen Fischen.
Satzheringe Stck 40 Pfg. 449
Mag Schäfer, Tel. 4680.

Baumwollwaren

Unsere neuen Preise für Qualitätsware.

- | | |
|--|---|
| Zefir u. Perkal , 80 cm. für Blusen und Hemden, Mtr. 12.75 9⁷⁵ | Rohnessel , f. Betttücher, ca. 180 cm, schwere Ware, Meter 25⁷⁵ |
| Zefir für feine Blusen und Hemden, grosse Musterauswahl 19⁷⁵ | Bettuchereitonne , weiss, schwere Ware, ca. 180 cm Meter 26⁷⁵ |
| Wäschetuch , weiss, fein- und starkfädig, ca. 80 cm Mtr. 9.75 7⁵⁰ | Reinleinen f. Betttücher, ca. 180 cm breit, prima Qualität 48⁵⁰ |
| Wäschetuch , erstklassig, Ware, ca. 80 cm breit, Mtr. 12.90 11⁵⁰ | Bettlamast , weiss, ca. 80 cm breit, Meter 19⁷⁵ |
| Rauhkörper , gebleicht, ca. 80 cm breit, Mtr. 11⁷⁵ | Bettlamast , weiss, ca. 130 cm breit Meter 29⁷⁵ |
| Molton , gebleicht, ca. 90 cm breit, Mtr. 11⁷⁵ | Bettlamast , bordo, ca. 130 cm breit Meter 39⁷⁵ |
| Flanell f. Blusen u. Hemden, Körper u. glatte Gewebe, 90-90 cm br., Mtr. 9⁷⁵ | Bettkatun , ca. 80 cm, gute Qualität . . . Meter 12⁷⁵ |
| Weisse Washstoffe , durchbrochen, f. Blusen, Schürze u. Vorhänge Mtr. 13⁷⁵ | Bett-Inlett , einfarbig, rot Meter 16⁷⁵ |
| Schürzenzeug , Ia. Qual. ca. 100 cm Mtr. 16⁷⁵ | Garlendeckenstoffe , ca. 120/180 cm . Meter 29⁷⁵ |
| Schürzenzeug , Ia. Qual. ca. 120 cm. Mtr. 19⁷⁵ | Markisenstoffe , ca. 125 cm breit Meter 36⁷⁵ |
| Wasserdicht. Stoffe f. Mäntel, Jacken, Vorhänge usw. grün, braun, blaugrau . Meter 14⁷⁵ | Waffelhandtücher , ca. 48/100 cm . . . Stück 11⁰⁰ |
| | Tischtücher , weiss, ca. 135/185 cm . Stück 38⁷⁵ |
| | Taschentücher für Damen u. Herren, weiss, mit Rand od. gestickt, Ecke . . . Stück 3.90 2⁹⁰ |

Hermann Tietz

Stadtgarten
Donnerstag (Fronleichnam), den 26. Mai 1921, nachmittags von 4 bis 7 Uhr
Doppel-Konzert
Kapelle des Musikvereins Harmonie und Feuerwehr- und Bürgerkapelle
Eintritt 1 Mark 20 Pfennig (Jahreskarten), 2 Mark 20 Pfennig (Sonstige). Kinder je die Hälfte.
Kartenvorverkauf: Verkehrsverein und Schalterkassen des Stadtgartens.
Bei schlechtem Wetter Konzert der Harmonie-Kapelle in der Festhalle. 1243

Herren-Kleider
reinigt und färbt in kürzester Zeit
Karl Timeus
Färberei und chemische Waschanstalt
Marienstr. 21 Kaiserstr. 66
Tel. 2828 beim Marktplatz
Mäßige Preise. 2333

Burghof-Garten
Karls-Wilhelmstraße 50
Fronleichnamstag u. Sonntag, den 29. Mai
Großes Garten-Konzert
(Streich-Orchester)
Beginn jeweils 1/5 Uhr. Eintritt frei.
Gutgepflegte Hecke u. dunkle Hochstamm-Biere.

Auf vielfachen Wunsch zum vierten Male!
Mittwoch, 1. Juni, abends 1/8 Uhr im Eintrachtsaal
Vortrag mit Lichtbildern des Hauptschriftleiters Hermann Bagusche aus Heidelberg über:
Die Wunder der Sternenwelt.
Die Lichtbilder (Himmelsphotographien stellte Geh. Rat Prof. Max Wolf, Direktor der Königstuhl-Sternwarte in Heidelberg, zur Verfügung.
Von den Lichtbildern seien besonders hervorgehoben:
Mondlandschaften, Sonnenflecken-gruppen, Sonnen- und Mondfinsternisse, Kometenscheinungen, Sonnenschein, der Planet Mars mit seinen Kanälen, der Riesplanet Jupiter, der Planet Saturn mit seinem merkwürdigen Ring, die Millionen Sonnen der Milchstraße, Nebelringe, Spiralnebel usw.
Eintrittskarten zu Mk. 6.—, 5.—, 4.—, 3.— und 2.— zuzügl. Steuer in der Musikalienhandl. Fritz Müller, Ecke Kaiser- u. Waldstr. sowie an der Abendkasse.
Dieser Vortrag war bereits 3 mal ausverkauft und empfiehlt es sich rechtzeitig mit Karten versehen zu wollen.

Läuse
In einer Stunde vertilgt. Garantie.
Beginn jeweils 1/5 Uhr. Eintritt frei.
Gutgepflegte Hecke u. dunkle Hochstamm-Biere.

Baubund-Möbel
WOHN- UND ESSZIMMER
HERREN-ZIMMER
SCHLAFZIMMER
KÜCHEN etc.
In solider Ausführung, den veränderten Zeitverhältnissen in Bezug auf Preis u. Formgebung angepasst.
Verkauf gegen bar und erleichterte Zahlungsbedingung bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund S. M. B. H.
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
Rothschildsplatz. Fernsprecher 5157.
Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.

Wahlzettel
an Fronleichnam
findet nicht statt. Die auf Donnerstag fälligen Haushaltungen werden am Freitag, den 27. Mai 1921, abgehalten.
Karlsruhe, 24. Mai 1921.
Städt. Tiefbauamt.

RIEMPP
ist geröstet.
Kaffee
versch. Preislagen offen u. abgepackt.
Mischung
mit 10-25-50%
Bohnenkaffee
1/2 Pfd. Pakete.
Kaffee-Zusatz
beste Rohstoffe
1/4 Pfd. Pakete.
CHRISTIAN RIEMPP
KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDEL
COLOMBIEN-ROSTWERK
ESSIG-SENFFABRIK
GEWÜRZMÜHLEN
*
Sie erhalten Qualität!

Bad. Landestheater
Mittwoch, den 25. Mai, 6 1/2 bis 10 Uhr, Mk. 12.—
Schülermiete-Vorstellung B 5
Maria Stuart.
Donnerstag, den 26. Mai 1921
Landestheater. Konzerthaus
Mignon Der neue Papa
6 b. geg. 1/10 Uhr. 420.- 7 bis 9 Uhr. Mk. 11.—

Volksbühne.
Anfang Montag, den 30. Mai.
halb 8 Uhr **K 6**
Der Wildschütz, Spielreihe O.

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren
unter Garantie bei 4439
Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

Wohnbarake.
Als Wochentag benützte transportable Holzbarake, bestehend aus 2 Zimmern und Veranda in gebrauchtem Zustande zu verkaufen.
Bodenfläche ohne Veranda 6 x 4 Meter
Zu besichtigen Werktag von 9-12 Uhr; Anmeldung beim Fabrikpächter, Angebotsfrist 1. Juni.
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken
Karlsruhe. 4426

Diplome, Eichenkränze, Festabzeichen, Saaldekorationen, Tomhola-Lose, Tanzkontrollen, Eintrittskarten, Garderobennummern sowie allen sonstigen Vereinsbedarf empfiehlt
Bernhard Müller, Luxus-Papierhandlung und Versand
Telephon 5366 Karlsruhe Kaiserstr. 235.

Wenn Sie das allgemein beliebte und verteilte
Hausgetränk „Apfelina“
noch nicht kennen, machen Sie sofort einen Versuch. „Apfelina“ ist als vorzüglicher Wochentag anerkannt und sollte in jeder Familie sein.
1 Liter Getränk ca. 30 Pfennig.
„Apfelina“ ist noch steuerfrei.
1 Portion für 150 Liter Woll etwa Mk. 20.— billiger als andere Fabrikate.
Zu haben in Karlsruhe bei:
Carl Neß, Hof-Drogerie
Th. Walz, Drogerie, Kurzenstraße 17
Th. Walz, Drogerie, Kaiserstraße 245
W. Fickering, Drogerie, Amalienstraße
H. Lang, Drogerie, Kaiserstraße 24
Gebr. Better, Drogerie, Birtel 15
E. Fisch, Drogerie, Körnerstraße 26
E. Baumert, Drogerie, Schützenstraße 82
H. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
F. H. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
E. H. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
H. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
G. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
G. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8
G. Hoffmeyer, Drogerie, Kaiserstraße 8